

ALBANISCHE HEFTE

2/2003

Informationen zur Kampagne „MJAFT!“

Im Gespräch

Erion Velaj

Leitender Direktor der
Kampagne „MJAFT!“

Helmuth Schröder

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
in Albanien

Qemajl Morina

Prodekan der
„Fakultät für islamische Studien“ in Prishtina

ISSN 0930-1437 32. Jahrgang - 2. Quartal - 3,50 €

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus & über Albanien

Lange angekündigt, endlich erschienen:

Waltraud Bejko
Albanien - Mein Leben
1959 - 1996

mit einem Vorwort von
Michael Schmidt-Neke
352 S., br., 14,90 €



Waltraud Bejko hat als Deutsche zwischen 1959 und 1996 in Albanien gelebt und gearbeitet, nicht als Diplomatin in einem Ghetto für privilegierte Ausländer, sondern als Frau eines Albaners, als Lehrerin und Übersetzerin. Ihr - fast -

ganz normales Leben im kommunistisch regierten Albanien ist für den westlichen Leser das erste Fenster auf den Alltag der Menschen jenes Landes in jener Zeit. Diese Lebensgeschichte ist unspektakulär, aber dennoch faszinierend.

Wir erfahren auf jeder Seite viel über den albanischen Alltag, aber auch über die Veränderungen, die Fortschritte und Rückschritte, die das Land von der Nachkriegszeit bis zum Systemwechsel durchmachte, darüber, wie sich der Wechsel des Verbündeten und der Isolationskurs auf das Leben der Menschen auswirkten, und wie man mit den alltäglichen Problemen der Versorgung fertig wurde.

DAFG-Reise durch Albanien 2.10. - 9.10.2003

Hinter dieser Reise steht die Idee, dass langjährige AlbanienfreundInnen nach längerer ‚Albanien-Abstinenz‘ und ‚Albanien-Neulinge‘ gemeinsam mit dem Vorstand der DAFG nach Albanien reisen und dabei ein inhaltlich interessantes Programm auf einer Route erleben, die hier und dort neue Orte bzw. Strecken ins Programm einbaut, die in der Vergangenheit nicht angeboten werden konnten.

Dabei soll das Programm so offen sein, dass die Teilnehmer auch eigene Interessen wahrnehmen können; auf sich kurzfristig bietende Chancen für interessante Treffen und Gespräche möchten wir flexibel reagieren können.

Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, wird bewusst kein pauschales Reiseprogramm (im Sinne des Reise-

Johanna Jutta Neumann
Umweg über Albanien

Ein persönlicher Bericht
Mit einem Beitrag von
Michael Schmidt-Neke
160 S., br., 10,90 €



Dieses Buch ist ein Zeugnis für die Berührung zwischen der albanischen und der deutschen Geschichte, die mit der 14monatigen deutschen Besatzungszeit ihren Tiefpunkt er-

reichte. Johanna Jutta Neumann schreibt aus der Perspektive derer, die in Albanien überleben konnten, weil sie hier nicht von einheimischen Kollaborateuren der Nazis gejagt und er mordet wurden, sondern sich auf die Hilfe der Menschen, auch von völlig Fremden, verlassen konnten. Dieses schwierige Leben war ein geradezu unglaublicher Glücksfall im Vergleich zum Schicksal von Millionen Menschen in ganz Europa.

Beide Bücher können bezogen werden über den Literaturvertrieb der DAFG

Postfach 10 05 65
44705 Bochum

e-mail: litvertrieb@albanien-dafg.de

gesetzes) angeboten, sondern werden eine Reihe von Bausteinen offeriert, die sich - je nach Wunsch - kombinieren lassen. Eine individuelle Anreise ist also ebenso möglich wie die private Unterkunft bei Freunden (v.a. in Tirana). Natürlich kann die Reise privat beliebig verlängert werden.

Programmskizze:

Donnerstag, 2.10.2003

Anreise nach Albanien

Abends: Treffen mit Vertretern der Stadtverwaltung zu den Kommunalwahlen und/oder Architektenausschreibung für Tirana

Freitag, 3.10.2003

Vormittags: Geführter Stadtrundgang durch Tirana (z.T. mit Bus). Hier werden wir nicht nur die Veränderungen

im Zentrum der albanischen Hauptstadt aus der Nähe kennenlernen, sondern mit Bathore auch einen der ursprünglich durch illegale Landnahme neu entstandenen Stadtteile. Nachmittags. Zur freien Verfügung; Üb. in Tirana
Samstag, 4.10.2003

Fahrt von Tirana über Divjaka (Lagune von Karavastasa - Mittagessen am Strand von Divjaka) nach Berat. Stadtbesichtigung Berat, Gespräch mit Vertretern des GTZ-Projekts zur kommunalen Entwicklung. Üb. in Berat
Sonntag, 5.10.2003

Fahrt von Berat über Këlcyra nach Gjirokastra. Natur pur, denn wir fahren die bislang kaum bekannte Strecke durch das Bergland Richtung Këlcyra. Stadtbesichtigung Gjirokastra, Gespräch mit Vertretern der Universität Gjirokastra z.B. über Minderheitenfragen, Besichtigung eines Jugendzentrums der Welthungerhilfe; Üb. in Gjirokastra
Montag, 6.10.2003

Fahrt von Gjirokastra durch das Dropull-Tal und den Breiten Berg nach Saranda, dort Besichtigung der alten Burg (Mittagessen). Entlang der albanischen Riviera führt uns der Weg an der Festung von Porto Palermo vorbei nach Himara und Dhërmi und weiter nach Vlorë. Stadtbesichtigung Vlorë. Geplant ist hier ein Besuch des regionalen Antischleuser-Zentrums, von dem aus der Kampf gegen Menschenhandel und andere Bandenaktivitäten in der Region mit internationaler Unterstützung geführt wird. Thematisiert werden soll auch die Bedeutung der Emigration für die Entwicklung der Region. Üb. in Vlorë
Dienstag, 7.10.2003

Fahrt von Vlorë Richtung Norden, Abstecher zur Insel Zvernek in der Lagune von Narta, wo ein ehem. byzantinisches Kloster und die Marienkirche aus dem XII./XIII. Jh. liegen. Weiterfahrt nach Durrës: Stadtrundgang und Besichtigung des neuen Archäologischen Museums. Nachmittags: Weiterfahrt nach Tirana, dort am Abend Besuch einer Kulturveranstaltung Üb. in Tirana
Mittwoch, 8.10.2003

Tirana: Vormittags: Besuch an der Universität / deutsche Abteilung Nachmittags: Besichtigung eines privaten Betriebes (pharmazeutischer Betrieb oder Molkerei). Üb. in Tirana
Donnerstag, 9.10.2003

Rückreise nach Deutschland (oder private Verlängerung)

Bei Interesse möchten wir Sie bitten, sich beim Vorstand der DAFG zu melden. Anmeldungen bzw. weitere Auskünfte bei dafg@albanien-dafg.de

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

das politische Albanien kommt nicht zur Ruhe: Gab es Ende des letzten/Anfang diesen Jahres für eine kurze Zeitspanne die Hoffnung, daß sich die überraschende Konsensbereitschaft zwischen den Führern der beiden Hauptlager, Ministerpräsident Fatos Nano auf der einen und Sali Berisha, Oppositionsführer der Demokratischen Partei, auf der anderen Seite, nicht nur positiv auf das politische Klima auswirken könnte, sondern die Politiker sich ernsthaft zum Wohle des Landes über persönliche Differenzen hinweg zusammenraufen könnten, so hat der für den Herbst in den Kommunen terminierte Urnengang dieses Pflänzchen der Hoffnung schon bald zunichte gemacht und gezeigt, daß Machterhalt oder –erwerb wesentlich wichtigere triebfedern der albanischen Politik sind.

Die Untersuchungskommission des Parlamentes (!) zu den von der Opposition behaupteten Veruntreuungen des Oberbürgermeisters von Tirana, Edi Rama, die die politische Szenerie dann über Wochen beherrschte, brachte eine neue Person ins Zielfeld, auf die sich die Opposition regelrecht „einschoß“.

Inzwischen ein neuer – alter – Konflikt entbrannt, der zwischen Nano und Meta, der schon vor zwei Jahren die politische Szenerie beherrschte. Und der Anfang Juli – angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes – beschlossene Burgfrieden zwischen diesen beiden Exponenten der regierenden Sozialistischen Partei wird den Wahltag vermutlich nicht überdauern, wenn er denn überhaupt so lange trägt.

Angesichts dieser Lage hat die OSZE Anfang Juni Alarm geschlagen, als Botschafter Osmo Lipponen auf der Plenarsitzung des Ständigen Rates der OSZE in seinem Bericht offen von möglichen neuen sozialen wie politischen Unruhen gewarnt hat. Was auf den ersten Blick vielleicht als – unverantwortliche – Panikmache erscheinen mochte, scheint beim näheren hinsehen der ernsthaft besorgte Versuch zu sein, auf die Hauptprotagonisten der Auseinandersetzungen mäßigend einzuwirken, bevor es denn wieder zu spät ist...

Und die OSZE hat seit 1997 genügend konkrete Erfahrungen mit der albanischen Politik (und den handelnden Personen) gesammelt, um nicht alle Chancen zur Verhinderung eruptiver Ereignisse ungenutzt zu lassen. Lieber ein Alarm zu viel, als ein zu später Warnruf!

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

04 Chronik

Daten, Namen, Fakten: April - Juni 2003

06 Magazin

Nachrichten aus Albanien

08 Zeitläufe



„Mjaft - Genug!“

Zur Kampagne für das Sich-Einmischen bei gesellschaftlichen und politischen Mißständen

28 Albanien-Bericht 2003 von Amnesty International

Im Gespräch

09 Gespräch mit Erion Veliaj, Direktor der Kampagne „Mjaft“

11 Gespräch mit Helmuth Schröder, ehem. deutscher Botschafter in Tirana

14 Gespräch mit Qemajl Morina, Prodekan der „Fakultät für islamische Studien“ in Prishtina

Blick ● Kosova

17 Nachrichten und Meldungen aus dem Kosovo

Bücherreport

20 Rezensionen

29 Aus der DAFG

Ehrenbürgerschaft für Jochen Blanken
Lesung mit Waltraud Bejko

Impressum
Kontaktadressen

Titel

Foto: Wolfgang Pietrek
Am Strand von Mali Robit (bei Golem)

Rückseite

Karikatur Likë Rehova: Parlamentskommission in Anspielung auf die Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe gegen Edi Rama

■ April 2003

2. Albanien-Irland 0:0: Wenige Tage nach dem Sensationsieg gegen Russland spielt die albanische Nationalmannschaft gegen Irland mit 0:0. Die Popularität des neuen Nationaltrainers Hans-Peter Briegel ist auf dem Höhepunkt.

4. Nervosität wegen Volkszählungsergebnissen: In Makedonien lösen Spekulationen, wonach die kürzlich abgeschlossenen, aber noch nicht veröffentlichten Volkszählung einen albanischen Bevölkerungsanteil von lediglich 19% ergeben würde, Besorgnis aus. Die Albaner gehen von ca. 30% aus. Ein Absinken unter 20% würde viele Vereinbarungen des Ohrider Abkommens zunichte machen, das die Gleichstellung des Albanischen von einer 20%-Quote abhängig machte.

6. BDI ruft Albaner zum Militärdienst auf: Der BDI ruft die Albaner in Makedonien auf, der Einberufung zum Wehrdienst Folge zu leisten, weil dies ein Beitrag zu Gleichstellung und Integration sei. Derzeit versuchen rund 20.000 junge Makedonier aller Volksgruppen, die Einberufung zu vermeiden.

8. AKSH-Führer angeklagt: In Gjilan (Kosovo) beginnt ein Verfahren gegen drei mutmaßliche Führer der Albanischen Nationalarmee (AKSH), denen die internationale Anklage Bildung einer terroristischen Vereinigung vorwirft.

9. Russland verlässt Balkan: Russland kündigt den Rückzug seiner Truppen aus Bosnien und Kosovo an. Es hat nach Aussagen des Verteidigungsministeriums dort keine strategischen Interessen mehr, nachdem die russische Absicht, die Serben in Kosovo zu schützen, fehlgeschlagen sei; der Sprecher vergleicht Kosovo mit Tschetschenien als Herd von Terrorismus und Kriminalität.

11. Moratorium für Status von Kosovo strittig: Der PDK-Vorsitzende Hashim Thaçi spricht sich für ein Moratorium bei der Klärung der Statusfrage von Kosovo aus. Während UNMIK-Chef Steiner dies begrüßt, gehen die anderen albanischen Parteien und Präsident Rugova auf Distanz. Thaçis Parteifreund, Ministerpräsident Rexhepi, fordert eine „bedingte Unabhängigkeit“ auf vier-fünf Jahre.

14. Polizeichef wegen Drogenschmuggel verurteilt: Sechs wegen Drogenschmuggel Angeklagte werden in Tirana zu Haftstrafen zwischen 5,5 und 16 Jahren verurteilt; das Gericht bleibt geringfügig unter den Anträgen des Staatsanwaltes. Der Bandenchef Frederik Durda erhält 16 Jahre, Sokol Koçiu 15 Jahre; Koçiu war Chef der Gerichtspolizei gewesen.

15. Meta in Sarajevo: Der albanische Außenminister Meta unterzeichnet in Sarajevo mit seinem bosnischen Kollegen Mladen Ivanic drei Abkommen über Reiseerleichterungen und Zusammenarbeit.

12. AKSH sprengt Brücke – Verbot durch UNMIK: Die AKSH übernimmt die Verantwortung für ein Sprengstoffanschlag auf eine Brücke bei Lozishte, bei der zwei ihrer Mitglieder ums Leben kommen. UNMIK-Chef Steiner erklärt die AKSH am 17.4. zur terroristischen und damit verbotenen Vereinigung. – Am 8.5. entlässt der TMK-Oberkommandierende Agim Ceku drei ranghohe Offiziere wegen des Verdachts einer Beteiligung an dem Anschlag aus der Miliz.

16. Hamburger Unternehmen erhält Zuschlag für Kosovo-Airline: Das Hamburger Unternehmen Hamburg International gewinnt die Ausschreibung für die Gründung einer kosovarischen Fluggesellschaft. Serbische, slowenische und kosovarische Bewerber waren abgelehnt worden.

18. Georgievski für ethnische Trennung: Der Vorsitzende der VMRO-DPMNE und ehemalige Ministerpräsident Ljubco Georgievski sieht das Ohrider Abkommen als gescheitert an. Er fordert eine neue Gesamtlösung für den ganzen Balkan nach ethnischen Prinzipien. U.a. will er in Nordost-Makedonien lebende Albaner mit Subventionen dazu bewegen, in den Westen zu ziehen. Der Vorschlag wird von der Regierung scharf kritisiert. – Georgievski kandidiert nicht mehr für den Parteivorsitz und wird am 15.5. durch Nikola Gruev abgelöst.

19. Xhaferi und Thaçi treten zurück: Auf dem Parteitag der PDSH in Tetovo treten Parteichef Arben Xhaferi und sein Stellvertreter Menduh Thaçi von ihren Ämtern zurück, weil sie die Unterstützung eines multiethnischen Makedonien

ablehnen. Die Partei setzt ihre Aktivitäten auf unbestimmte Zeit aus, um die Führungskrise zu lösen.

21. Neue sozialdemokratische Partei: Der frühere Außenminister Paskal Milo stellt mit zwei anderen bisherigen Führungsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei Albanien seine neu gegründete Partei Soziale Demokratie Albanien vor. Er hatte sich mit PSDSH-Chef Skënder Gjinushi überworfen, dem er autoritären Führungsstil vorwirft; Gjinushi bezichtigte Milo der allzu großen Nähe zur PSSH.

22. UÇPMB-Kommandeur festgenommen: Die KFOR nimmt den früheren Kommandeur der UÇPMB, Shefqet Musliu, fest, gegen den ein internationaler Haftbefehl vorliegt.

23. Gipfel der makedonischen Albaner gescheitert: In Tetovo endet ein Treffen der Vorsitzenden der beiden größten Albanerparteien, Arben Xhaferi (PDSH) und Ali Ahmeti (BDI), ohne Ergebnis. Die PDSH hält an ihrer Entscheidung, die Parlamentsarbeit zu boykottieren, fest.

25. Robert Schwartz gestorben: Der Übersetzer Robert Schwartz (Shvarc) stirbt in Tirana im Alter von 70 Jahren. Der 1933 in Sarajevo geborene Schwartz war der Sohn einer Albanerin aus Elbasan und eines jüdischen Österreicherers. Er übersetzte hunderte von Werken aus dem Deutschen ins Albanische und umgekehrt. 2002 wurde er Ehrenbürger von Tirana, im März 2003 wurde er vom Präsidenten mit dem Titel „Großer Meister“ geehrt (s. AH 1/2003).

29. Tirana gegen Teilung Makedoniens: Parlamentspräsident Servet Pëllumbi kritisiert gegenüber seinem makedonischen Kollegen Nikola Popovski die von Georgievski geäußerten Teilungspläne und fordert die PDSH auf, ins Parlament zurückzukehren (s. 18.4.03).

■ Mai 2003

2. Albanien schützt US-Bürger vor Tribunal: US-Außenminister Colin Powell und Ministerpräsident Nano unterzeichnen in Tirana ein Abkommen, wonach Albanien keine US-Bürger, die unter dem Verdacht von Kriegsverbrechen stehen, an das Internationale Tribunal in Den Haag ausliefern wird. Das Abkommen be-

lastet Tiranas Verhältnis zu Europa. – Die USA mahnen Reformen an, wollen Albanien aber ebenso wie Kroatien und Makedonien bis in die NATO aufnehmen; Powell unterzeichnet ein entsprechendes Abkommen mit den Außenministern der drei Länder.

3. Kaufpreis für Unabhängigkeit Kosovos?: Der Kosovo-Beauftragte der serbischen Regierung, Nebojsa Covic, behauptet, albanische Lobbyisten würden Serbien 2,5 Mrd. \$ für die Unabhängigkeit Kosovos bieten. Zahlreiche Sprecher der Albaner sagen, das sei vor dem Krieg eine interessante Idee gewesen, heute aber sinnlos, da die Unabhängigkeit Kosovos sicher sei.

8. Kein Asyl für Kosovo-Albaner: Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt die Aufhebung des Asylstatus für mehrere Kosovo-Albaner, da sie in ihrer Heimat keine politische Verfolgung befürchten müssten (Az. BVerwG 1 C 15, 16 und 36.02).

11. Vujanovic endlich Präsident: Im dritten Anlauf wird der montenegrinische Parlamentspräsident Filip Vujanovic Präsident. Er erhält 63,3%, Miodrag Zivkovic vom Liberalen Bund 30,8% und der Unabhängige Dragan Hajdukovic 3,9%. Die Wahlbeteiligung von nur 48,5% reicht diesmal aus, weil das 50%-Quorum für die Gültigkeit nach zwei gescheiterten Anläufen im Dezember 2002 und im Februar 2003 gestrichen wurde.

11. Aliti erneut vom PDP-Vorsitz zurückgetreten: Abdurrahman Aliti legt den Vorsitz der PDP nieder. Die früher wichtigste Albanerpartei in Makedonien war bei den Wahlen 2002 mit 2,3% fast bedeutungslos geworden. Aliti hatte erst im Mai 2002 den Vorsitz erneut übernommen, den er in den 90er Jahren bereits innegehabt hatte.

13. Gipfel Serbien-UNMIK geplatzt: Ein Treffen des serbischen Kosovo-Beauftragten Covic und des UNMIK-Leiters Steiner scheidet, nachdem sich Steiner weigert, den früheren UÇPMB-Chef Shefqet Musliu an Serbien auszuliefern. Er gilt zwar als Schlüsselfigur des organisierten Verbrechens, doch will die UNMIK ihm in Kosovo den Prozess machen (s.22.4.03).

15. Unabhängigkeitsresolution des Kosovo-Parlaments: Die albanischen Parteien im Kosovo-Parla-

ment beschließen eine Resolution, in der der Wille zur Unabhängigkeit bekräftigt und der Befreiungskampf der UÇK einschränkungslos als „sauber und gerecht“ gewürdigt wird. UNMIK-Chef Steiner schließt daraufhin zahlreiche Politiker von der Teilnahme an internationalen Konferenzen aus.

16. Masseneleid in Albanien: Das Statistische Institut geht davon aus, dass 780.000 Albaner in Armut leben; weitere 150.000 seien nicht einmal in der Lage, Brot zu kaufen. Nur 40 % der Kinder könnten weiterführende Schulen besuchen.

16. Krawalle in Tetovo: In Tetovo werden mehrere Menschen bei Zusammenstößen zwischen jungen Albanern und Makedoniern verletzt; erneut werden Granatenanschläge auf Armee- und Polizeieinrichtungen verübt.

18. Nano gegen çamische Ansprüche: Ministerpräsident Nano bezeichnet bei einer Konferenz der PSSH die Çamen (muslimische Albaner aus Nordgriechenland, die nach dem II. Weltkrieg vertreiben wurden) als kulturelle, nicht aber ethnische Gruppe. Ihre Forderungen nach Entschädigung dürften die Zusammenarbeit mit Athen nicht belasten. Die konservative Opposition protestiert scharf.

20. Ethnische Zählung des öffentlichen Dienstes in Montenegro: Der (albanische) Minister für Minderheitenfragen von Montenegro, Gëzim Hajdinaga (UDSH), hat eine Zählung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach ethnischer Zugehörigkeit veranlasst. Die rechte Opposition wirft Ministerpräsident Djukanovic vor, dies als Vorwand für eine Entfernung politischer Kritiker aus dem Staatsdienst nutzen zu wollen.

21. Nano bei Crvenkovski: Die Regierungschefs von Albanien und Makedonien, Nano und Crvenkovski, verabreden bei einem Treffen in Ohrid die Einrichtung eines neuen Grenzübergangs in bei Dibra/Debar.

26. Berisha greift Rama an: PDSH-Chef Berisha wirft dem Oberbürgermeister von Tirana, Edi Rama, vor, er habe im Zusammenhang mit der EXPO 2000 in Hannover (Rama war damals als Kulturminister für den albanischen Auftritt zuständig) 436.000 € veruntreut und über jetzt

Druck auf die Presse aus, um eine Berichterstattung zu verhindern.

28. Weitere Kompetenzen an Kosovo-Regierung: Die UNMIK überträgt 19 von insgesamt 44 im Verfassungsrahmen definierten Zuständigkeiten an die Regierung von Kosovo, darunter die für Landwirtschaft und Justiz.

30. Chef der Sonderpolizei ausgeliefert: Der frühere Kommandeur der serbischen Sonderpolizeieinheit JSO, Franko Simatovic, genannt „Frenki“, wird nach Den Haag ausgeliefert; ihm werden Kriegsverbrechen in Kroatien, Bosnien und Kosovo zur Last gelegt.

■ Juni 2003

2. Westbalkan-Gipfel in Ohrid: Die Präsidenten von Albanien, Alfred Moisiu, Serbien-Montenegro, Svetozar Marovic, Makedonien, Boris Trajkovski, Kroatien, Stipe Mesic, und Bosnien, Borislav Paravac, bereiten in Ohrid den EU-Gipfel am 21.6. vor, von dem sich die Staaten des Westbalkan eine Beitrittsperspektive zur EU erhoffen.

4. Mord an serbischer Familie: Die dreiköpfige Familie Stolic wird in ihrem Haus in Obilic bei Prishtina von Unbekannten grausam ermordet. Das Verbrechen löst große Betroffenheit aus. Verschiedene serbische Sprecher machen die Kosovo-Regierung und die KFOR indirekt verantwortlich und fordern, die UNMIK möge der Regierung ihre Vollmachten entziehen.

5. Möllemann tot: Der frühere FDP-Spitzenpolitiker Jürgen W. Möllemann stirbt bei einem Fallschirmsprung. Möllemann hatte 1986 als Staatsminister im auswärtigen Amt die Schirmherrschaft über eine von der DAFG organisierte Ausstellung albanischer Kunst ausgeübt.

7. Irland-Albanien 2:1: Beim Rückspiel zur EM-Qualifikation in Dublin unterliegt die albanische Nationalmannschaft nach einem Eigentor von Ardian Aliaj.

10. Rumsfeld in Tirana: US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld würdigt die Verdienste Albaniens beim „Kampf gegen den Terror“ und die Beteiligung am Irak-Krieg; er sagt zu, Albaniens Beitrittsbemühungen zur NATO zu unterstützen.

11. Postdirektorin von Kosovo amtsenthoben: Nach Ermittlungen der italienischen Finanzpolizei wird Leme Xhema als Direktorin der kosovarischen Post und Telekom durch die Kosovo Traust Agency ihres Postens enthoben.

11. Schweiz : Albanien 3:2: Albanien verliert in Genf das Auswärtsspiel zur Europameisterschaft mit 3:2 und fällt auf den 4. Platz in der Qualifikationsgruppe 10 zurück.

12. Serbische Soldaten verurteilt: Ein Militärgericht in Belgrad verurteilt vier Soldaten wegen der Ermordung von zwei albanischen Zivilisten während des Krieges 1999 zu Haftstrafen zwischen 5 und 14 Jahren.

13. Kosovo-Status nur im Dialog: Der scheidende UNMIK-Chef Steiner sieht in direkten Verhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina den einzigen Weg zur Lösung der Statusfrage.

16. BDI schluckt PDK: Der Vorsitzende der im März 2001 gegründeten Demokratischen Nationalen Partei (PDK), Kastriot Haxhirexha, kündigt den Anschluss seiner Partei an den BDI an; er selbst werde stellvertretender Parteichef und künftig Minister. Die PDK hat ihre ablehnende Haltung zum Ohrider Abkommen aufgegeben. Bei den Wahlen 2002 hatte die PDK mit 2,1% 1 Mandat errungen.

16. Kriminalität zurückgegangen: Ministerpräsident Nano beantwortet eine parlamentarische Anfrage zur Kriminalität gegen Unternehmer; danach sei gegenüber dem Vorjahr die Kriminalitätsrate um 50% zurückgegangen; besonders Verbrechen gegen Unternehmer seien zu 100% aufgeklärt worden (s. 29.3.03).

17. UÇK-Mitglied verurteilt: Ein internationales Gericht in Peja (Pec) verurteilt ein früheres UÇK-Mitglied wegen Beihilfe zum Mord zu sieben Jahren Gefängnis; er hatte im Februar 1998 einen Albaner, der angeblich mit der serbischen Polizei zusammenarbeitete, entführt und an ein UÇK-Kommando ausgeliefert, das ihn vermutlich erschoss.

21. Agrarpartei wird Umweltschutzpartei: Die Agrarpartei hält in Tirana ihren 4. Parteitag ab. Sie ändert ihren Namen in Umweltschutzpartei (Partia Ambientaliste) und bekräftigt ihr Festhalten an der Koalition mit der PSSH.

Daten und Fakten zur Blutrache in Albanien

(Die wöchentliche Beilage „Reportazh“ der Tageszeitung „Gazeta Shqiptare“ vom 11.2.2003 war ganz dem Thema Blutrache gewidmet. Sie veröffentlichte eine Reihe bedrückender Zahlen. Im Mittelpunkt steht ein historischer Abriss von Oberst Xhavit Shala.)

In den 30er Jahren waren knapp die Hälfte aller Morde Blutrachen:

Jahr	Morde	davon Blutrachen	in %
1930	235	114	48,5
1931	260	125	48,1
1932	210	82	39,0
1933	105	71	67,6
1934	257	119	46,3
1935	100	72	72,0
1936	214	82	38,3
1937	162	62	38,3
1938	109	45	41,3
insgesamt	1.652	772	46,7

Unter der italienischen und deutschen Besatzung ging dieser Prozentsatz deutlich zurück, einerseits wegen der harten und effektiveren Justiz, andererseits in Folge des Widerstandes, der bisherige Feindschaften in den Hintergrund drängte: von 872 Morden geschahen 290 (33,3%) wegen Blutrache.

Das PPSH-System knüpfte daran an und bekämpfte die so genannten „regressiven Sitten“ politisch, aber auch mit harter Hand:

Zeitraum	Morde	davon Blutrachen	in %
1946-50	872	153	17,0
1951-55	274	37	13,5
1956-60	180 (?)	2	1,1
1961-65	161 (?)	3	1,9
insgesamt	1.487 (?)	195	13,1
1966-82	k.A.	0	0,0

(Die mit (?) gekennzeichneten Daten sind wegen der schlechten Druckqualität nicht klar lesbar.)

In den 80er Jahren geschahen sehr wenige Morde (ca. 20 pro Jahr), aber es gab auch die ersten Blutrachefälle nach Jahrzehnten.

Das änderte sich schlagartig mit dem Ausbrechen teilweiser anarchischer Verhältnisse nach dem Systemwechsel. Die politische Führung dementierte bis Mitte der 90er Jahre das Wiederaufleben der Blutrache; daher liegen für die frühen 90er keine Daten vor:

Jahr	Morde	davon Blutrachen	in %
1992	251	k.A.	?
1993	268	k.A.	?
1994	265	k.A.	?
1995	210	k.A.	?
1996	248	k.A.	?
1997	1.542	k.A.	?
1998	573	45	7,9
1999	496	41	8,3
2000	275	16	5,8
2001	208	19	9,1
2002	179	13	7,3

Die extrem hohe Zahl für das Jahr 1997 erklärt sich aus dem Bürgerkrieg, in dessen Verlauf darüber hinaus 1.014 Mordversuche und 344 schwere Körperverletzungen registriert wurden.

Von den 19 Blutrachemorden des Jahres 2001 geschahen 11 im Bezirk Shkodra, 3 in Tirana, 2 in Berat und je einer in Vlora, Kurbin und Malësia e Madhe.

Für diese Explosion macht Xhavit Shala folgende Faktoren verantwortlich:

- den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung 1991,
- die Unfähigkeit des Staates, Streitigkeiten rechtsstaatlich zu schlichten,
- die unklaren Eigentumsverhältnisse,
- die wirtschaftlich bedingte Binnenmigration,
- die bis 2001 unklare rechtliche Bewertung der Blutrache (seither werden Rachemorde nicht als Totschlag, sondern als Morde mit 25 Jahren oder lebenslänglich bestraft),
- die Aufhebung der Todesstrafe, die früher als staatlich vollzogene Rache akzeptiert worden war, während eine 25jährige oder lebenslange Haftstrafe nicht als Äquivalent für ein Menschenleben gesehen wird,
- durch Bestechung erreichte milde Strafen oder gar Freisprüche.

Shala unterscheidet sehr genau zwischen der Rache gemäß dem Kanun und Abrechnungen zwischen Verbrecherbanden, die häufig einen familiären Hintergrund haben und die deshalb häufig Blutrache als Motiv für ihre Shoot-outs geltend machen, aber nicht im Mindesten die Regeln des Kanun beachten.

Nach Angaben des Komitees für gesamt-nationale Versöhnung standen Anfang 2001 ca. 2.500 Familien „im Blut“ und waren in ihre Häuser eingesperrt, weil kein Familienmitglied, häufig sogar einschließlich Frauen und Kinder, ohne Lebensgefahr das Haus verlassen konnte. Es handelte sich nicht nur um ein Problem des nördlichen Berglandes. Die Familien waren auf praktisch alle Bezirke verteilt. Das bedeutet nicht, dass die Blutrache ein gesamt-nationales Phänomen wäre, aber die Binnenmigration der 90er Jahre hat viele Menschen aus dem Bergland nach Tirana und in den Süden verdriftet.

Bezirk	Zahl der Familien im Blut
Malësia e Madhe	67
Tropoja	81
Shkodra	460
Has	28
Puka	13
Kukës	49
Lezha	18
Kurbini	12
Mirdita	k.A.
Dibra	k.A.
Mati	48
Kruja	11
Bulqiza	17
Durrës	98
Tirana	140
Librazhd	4
Kavaja	k.A.
Peqin	k.A.
Elbasan	29
Lushnja	33
Kuçova	k.A.
Gramsh	k.A.
Pogradec	6
Fier	49
Berat	62
Mallakastra	k.A.
Skrapar	k.A.
Korça	15
Devoll	k.A.
Vlora	111
Tepelena	16
Përmet	k.A.
Kolonja	k.A.
Gjirokastra	9
Delvina	k.A.
Saranda	k.A.
<i>insgesamt</i>	<i>1.376</i>

Am 14. Juni 2001 fand in Puka ein Kongress zur Beilegung der Blutrache statt, bei der die 700 Anwesenden die Bestrafung von Schuldigen durch die Justiz grundsätzlich akzeptierten. In Folge dieser Konferenz seien bisher 1.200 Familien aus ihrer Lage befreit worden.

Albanien erstmals in der PISA-Studie erfasst

In der ersten PISA-Erhebung im Jahr 2000 waren 32 Länder beteiligt. Im zweiten „Durchgang“ kamen nun Albanien neben Argentinien, Bulgarien, Chile, Hongkong, Israel, Indonesien, Mazedonien, Peru, Rumänien und Thailand hinzu. Mit Ausnahme von Hongkong, das unter den 43 Ländern nach Finnland und Südkorea Platz drei einnimmt, landeten laut UNESCO alle neu untersuchten Länder in der Lesekompetenz im unteren Drittel der Rangliste.

Nach Darstellung der UNESCO ist vor allem in den Entwicklungsländern die Grundbildungssituation dramatisch.

In Albanien liegt ähnlich wie in Brasilien, Mazedonien und Peru die Zahl der Schüler mit der niedrigsten Stufe der Lesekompetenz bei über 50 Prozent. „Diese Schüler sind in akuter Gefahr, Analphabeten zu werden“, hieß es in dem Bericht.

Albaner aus dem Kosovo und Mazedonien verbringen Urlaub in Albanien

Einem Bericht der Zeitung „Korrieri“ vom 17.06.03 zufolge stellen die kosovarischen Urlauber in Albanien einen für das Land sehr bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar. Im vergangenen Jahr haben demnach rd. 230.000 Urlauber aus diesen Gebieten ca. 470 Mio. US-\$ ins Land gebracht. Nach Aussagen des stellv. Ministers für Territorialverwaltung und Tourismus, Besnik Dervishi, der dem Kosovo kürzlich einen Besuch abstattete und dabei auch den Fortgang der Arbeiten an der Hauptverbindungsachse zwischen Albanien und dem Kosovo inspizierte, ist Albanien noch mindestens zwei Jahre auf diese Touristen angewiesen, zumal „die kosovarischen Urlauber keine großen Ansprüche stellen und genügsam sind“.

MJAFT! = GENUG!

Seit März fällt fast überall in den Straßen, Zeitungen und im Fernsehen eine rote Hand ins Auge, die sich einem entgegenstellt, verbunden mit dem Schlagwort „mjaft“ „genug“. Es handelt sich um eine finanziell offenbar bestens ausgestattete politische Kampagne, die aufgrund ihrer Sichtbarkeit auch immer wieder in den Medien erörtert wird. Es gibt zweifelnde Kommentare, weil darin ein Versuch „der Ausländer“ gesehen wird, sich in die albanische Politik einzumischen. Auf den Plakaten wird zu Bürgereinmischung und Bürgerprotest aufgerufen:

**„Shqiptar, mos rri, po duku!“
“Albaner, sitz nicht rum, sondern zeig dich!“**

Das erste Plakat enthält gleich das ganze Programm:

- ⊃ Mjaft mit zerstörten Krankenhäusern
- ⊃ Mjaft mit Bestechungen
- ⊃ Mjaft mit fehlenden Medikamenten
- ⊃ Mjaft mit eingefallenen Schulen
- ⊃ Mjaft mit Ignoranz
- ⊃ Mjaft mit schlechtem Unterricht
- ⊃ Mjaft mit Blutrache
- ⊃ Mjaft mit Blockaden
- ⊃ Mjaft mit Armut
- ⊃ Mjaft mit Arbeitslosigkeit
- ⊃ Mjaft mit Gewalt
- ⊃ Mjaft mit der Diskriminierung von Frauen
- ⊃ Mjaft mit der Ausbeutung von Kindern
- ⊃ Mjaft mit Alleinlassen
- ⊃ Mjaft mit (Menschen-) Handel
- ⊃ Mjaft mit dreckigem Geld
- ⊃ Mjaft mit dem Tragen von Waffen
- ⊃ Mjaft mit Drogen
- ⊃ Mjaft mit Schlaglöchern
- ⊃ Mjaft mit Müll
- ⊃ Mjaft mit Dunkelheit
- ⊃ Mjaft mit der Zerstörung der Wälder
- ⊃ Mjaft mit Bauten ohne Genehmigung und Kriterien
- ⊃ Mjaft mit endlosen Warteschlangen vor den Botschaften
- ⊃ Mjaft mit fehlenden Informationen über Verhandlungen
- ⊃ Mjaft mit Mythen über die EU
- ⊃ Mjaft mit Abhängigkeit
- ⊃ Mjaft mit kopierten und schlecht übersetzten Gesetzen
- ⊃ Mjaft mit der politischen Schaumschlägerei
- ⊃ Mjaft mit der Korruption
- ⊃ Mjaft mit Schlägereien im Parlament
- ⊃ Mjaft mit nicht eingehaltenen Versprechungen
- ⊃ Mjaft mit der Nichtbeteiligung von Bürgern

Dieses buntegemischte Programm wird auf der Webseite der Organisation (www.mjaft.org) dann allerdings in acht Hauptpunkten ein bisschen systematisiert und erläutert. Die Kampagne unterhält nach eigener Darstellung inzwischen Verbindungsbüros in 17 Städten Albaniens. Auf der Webseite werden auch die Hauptaktivisten vorgestellt. Es sind alles junge Leute. Der Initiator der Kampagne heißt Elion Velaj, er stellt sich auf der Webseite folgendermaßen vor:

Erion Veliaj, Leitender Direktor der Kampagne MJAFT:

Erion ist der leitende Direktor des Jugendverbandes des Balkans wie des Instituts für Jugendführung. Er besitzt einen Studienabschluß in Politischen Wissenschaften/Internationalen Beziehungen der Universität vom Grand Valley State, Michigan in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er war bei vielen internationalen Organisationen und einigen Abteilungen der Vereinten Nationen als Berater tätig: im State Department der USA, in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), beim Europarat, in dem Institut für eine offene Gesellschaft, im Handelszentrum Van Andel Global, bei International Aid Incorporated usw. Erion unterstützt den Leitungsrat von Global Youth Connect in New York und hat an vielen Einsätzen von humanitären Organisationen, Forschungseinrichtungen, Organisationen für die Demokratisierung und den Aufbau einer zivilen Gesellschaft auf dem Balkan, Mittel- und Südamerika und Afrika teilgenommen. Infolgedessen hat er in mehr als 60 Ländern gelebt und gearbeitet. Er ist Ehrenbürger von Memphis und seit dem letzten Jahr ist er beim Kongreß der USA aufgrund seiner Dienste und Initiativen zur Herstellung des Friedens auf dem Balkan und besonders nach dem Krieg im Kosovo registriert. Er war Sprecher für einzelne Kapitel des World Affairs Council, bei verschiedenen universitären Veranstaltungen sowie internationalen Konferenzen zum Thema Frieden und Entwicklung. E-Mail: erionveliaj@mjaft.org

Jochen Blanken, Tirana

„Uns geht es um den Aufbau von Bürgerprotesten unter völligem Gewaltverzicht“

Gespräch mit Erion Velaj

Erion habe ich in einem netten Café in Tirana getroffen. Das Café, von einer Französin geführt, gilt als das „französische Café“, im früheren Blok gelegen. Im gleichen Hochhaus befinden sich die neuen Büroräume von „Mjaft“. Erion ist ein junger Mann, der auf mich einen sehr aufgeschlossenen, eloquenten und weltgewandten, ein bisschen amerikanisch angehauchten Eindruck machte.

Gefragt nach seinem Alter, sagt er „23 Jahre“, wie sei es da möglich, bereits in über 60 Ländern gelebt und gearbeitet zu haben, wie es in seinem Lebenslauf heißt?

„Ich habe zwar in Amerika studiert, war aber insgesamt nur vier Monate in den USA. In meinen vier Auslandsjahren war ich überwiegend für die UN tätig als Kurzzeitexperte, Wahlbeobachter, in humanitären und Hilfseinsätzen und als Rapporteur. So hatte ich alle 2-3 Wochen eine andere Aufgabe in einem anderen Land, vor allem in Afrika und Lateinamerika.“

So ist er also sehr weit herumgekommen, dabei betont er aber, er habe den Kontakt nach Albanien nie verloren und habe sein Heimatland regelmäßig besucht. „Jetzt plane ich aber, erstmal zwei bis drei Jahre in Albanien zu bleiben.“

„Was war denn der Ausgangspunkt für die Kampagne „Mjaft“, die jetzt überall in Albanien auftaucht?“

„Mjaft war meine Idee. Ausgangspunkt waren das negative Image und die schlechte Reputation die Albanien weltweit besitzt, die in vielen Berichten zum Ausdruck kommen. Zwei UNO-Dokumente haben mich wegen ihrer negativen Aussagen dabei besonders beeindruckt: der „Human Development Report“ von 2002 und der Bericht „Intergovernmental Count on organized Crime in SEE“. Mich beschäftigte die Frage, warum die in diesen Studien festgestellten Defizite in Albanien nicht diskutiert werden. Das größte Problem scheint mir die politische Apathie und das ungewöhnlich dicke Fell der Menschen zu sein, ihre Grundeinstellung: ´wir können sowieso niemals etwas ändern´. Über vielen Problemen liegt eine Mauer des Schweigens.“

„Die Kampagne „Mjaft“ ist keine neue Erfindung. Es gibt Vergleichbares in anderen Ländern: In Sizilien wurde die Mafia ähnlich toleriert wie bei uns, aber dann gab es eine Bürgerbewegung mit dem Namen „Lar Rete“ (das Netz). Ein großes Vorbild war auch die Bürgerbewegung „Otpor“ (Widerstand) in Serbien, die zum Sturz von Milošević geführt hat. Auch im Kosovo gab es eine Bewegung, die zum Ende von Gewalt und Rache aufruft unter dem Namen „Boll ma“ (Genug jetzt).“

„Und was sind nun die konkreten Ansätze der Kampagne „Mjaft“?“

„Uns geht es um den Aufbau von Bürgerprotesten und einer Bürgerbewegung unter völligem

Gewaltverzicht. Die Kampagne richtet sich nur zum Teil gegen die Regierung. Es geht vor allem um die Veränderung der Mentalität, wenn zum Beispiel Frauen geschlagen werden. Auch die Korruption kommt von unten, indem sie von den Menschen hingenommen und zum Teil mitgetragen wird. Dabei wollen wir nur Modelle zur Bürgerbeteiligung entwickeln und verbreiten. Jeder soll sich in seinem Bereich gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen.“

„Kannst Du irgendetwas darüber sagen, was die Kampagne bisher erreicht hat?“

„Ich habe den Eindruck, dass sich Bürgerprotest seit dem Beginn unserer Kampagne am 15. März enorm verbreitet hat. Dabei finden 80% der Proteste ohne unsere direkte Teilnahme statt. Heute erfahren wir täglich von neuen Petitionen, Protestartikeln und anderen Aktionen im Fernsehen und in der Presse. So haben in Gramsh Schüler protestiert, weil ihre Turnhalle nicht, wie seit langem versprochen, wieder hergerichtet wird. Auf einem Grafitti bedienen sie sich dabei der roten Hand von „Mjaft“. „Mjaft“ soll ähnlich wie die Computer-Software Linux ein offenes System sein, jeder kann sich seiner Symbole und Formen bedienen. Ich glaube, die Politiker fürchten sich inzwischen vor allem vor zwei Dingen, vor der Fernsehsendung von Topchannel „Fiksfare“ und vor der roten Hand von „Mjaft“.“

„Es fällt auf, dass viele Eurer lokalen Büros bei der OSZE oder UNDP untergebracht sind. Wie ist eigentlich Eure Arbeitsweise?“

„Unser Arbeitsstab ist bis auf wenige ausländische Praktikanten rein albanisch. Bei uns werden nur vier Leute bezahlt, alle anderen arbeiten freiwillig. Fast alle unserer Aktiven sind im Ausland gewesen und bringen ihre Erfahrungen ein. Es fällt auf, dass bei uns niemand mit Background ist, unsere Leute gehören keinem Clan an, sie haben eigentlich keinen

politischen Einfluss. Uns kommt es darauf an, unsere Organisation so einfach wie möglich aufzubauen. Deshalb stützen wir uns auf die Infrastruktur z. B. der OSZE. Sie haben Bürgerbüros eröffnet, deren Infrastruktur wir kostenlos nutzen können.“

■ „Manchmal hört man eine gewisse Skepsis, weil der Eindruck entsteht, dass Eure Bewegung vor allem von ausländischen Botschaften und Einflüssen getragen wird.“

■ „Diese Skepsis erschreckt mich nicht, aber ich denke, die Leute werden sehen, was wir machen. Für mich ist unsere Offenheit und Transparenz entscheidend. An unseren Sitzungen und Treffen kann jeder, der will, teilnehmen. Als ich nach Albanien kam, kannte ich noch niemanden von den ausländischen Botschaften. Wir haben uns an sie gewandt und sie haben uns spontan unterstützt. So gehören unserem Auslandsbeirat nun vier Botschafter David Landsmann von Großbritannien, Herr Blankenburg aus den Niederlanden, Helmuth Schröder von Deutschland und Herr Lipponen von der OSZE an. In unserem Leitungsrat sitzen einige in der albanischen Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten wie Milva Ekonomi, die Chefin des statistischen Amtes, Enkel Demi von Top-Channel, Mustafa Nano von „Shekulli oder Artan Hoxha vom Institut für zeitgenössische Studien. Von den 10 Mitgliedern des Leitungsrates habe ich neun vorher gar nicht gekannt, aber jetzt unterstützen sie uns. Wir haben einfach angefangen und unsere Initiative ist auf Resonanz gestoßen ist, das ist entscheidend.“

■ „Danke, Erion, für dieses Gespräch.“

Das Gespräch führte Jochen Blanken für die „Albanischen Hefte“ am 9. Mai 2003 in Tirana

„Wir halten es für wichtig, dass sich die albanischen Bürger einmischen...“

Gespräch mit dem deutschen Botschafter Helmuth Schröder

Herr Schröder bestätigt, dass die Kampagne „Mjaft“ von der deutschen Botschaft unterstützt wird.

■ „Das ist aber eher eine moralische Unterstützung, die Kampagne wird vorwiegend von den Holländern finanziert. Sie sind finanziell gut ausgestattet. Die deutsche Botschaft fördert bestenfalls kleinere Unterprojekte im Rahmen der ganzen Kampagne. Auch die Engländer unterstützen das Ganze eher symbolisch. Allerdings haben sie ein Handbuch über Civil Activity finanziert, dass in Albanien möglicherweise als subversiv angesehen werden könnte, obwohl es nur die Bürgerrechte und ihre Wahrnehmung aufzeigt.“

■ „Wie sind Sie an das Projekt gekommen?“

■ „Als wir dazugestoßen sind, stand das Ganze schon im Wesentlichen fest. Vorbilder ist die Bewegung „Basta“ in Sizilien oder auch die serbische Bürgerrechtsbewegung. Aber für Albanien ist dies etwas vollkommen Neues. Wir halten das für wichtig, dass sich die albanischen Bürger einmischen, das kommt hier normalerweise nicht vor. Die Arbeit im Beirat hat viel Spaß gemacht. Wir haben dabei vor allem beraten.“

■ „Wird die Kampagne nicht überwiegend aus dem Ausland gesteuert und finanziert?“

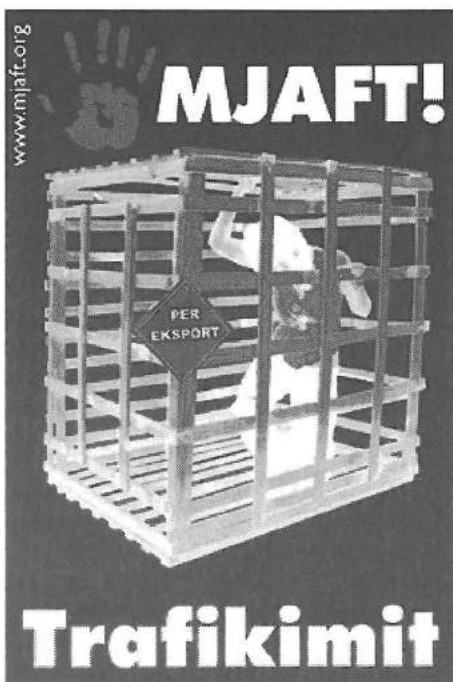
■ „Die Bewegung wird fast ausschließlich von Albanern getragen. „Mjaft“ hat einen sehr breiten Ansatz und wird von vielen Freiwilligen unterstützt. Bis auf einen kanadischen und einen holländischen Praktikanten arbeiten dort nur Albaner. Mir gefällt, dass es junge engagierte Leute sind, vor allem von den Unis und aus Schulen. Es muss eine albanische Bewegung bleiben.“

■ „Wohin soll dies Bewegung führen?“

■ „Die viermonatige Kampagne ist Ende Juni zu Ende. Wir hoffen aber, dass daraus viele selbsttragende Projekte entstehen. Wir wollen lokale Einzelprojekte weiterhin unterstützen. Die Kampagne organisiert Anlaßproteste, aber sie ist nicht mit einer albanischen Partei verbunden. Dadurch ist sie sehr bevölkerungsnah. Berisha hatte vor einiger Zeit auch viel von Streetprotest gesprochen, dies aber nicht inhaltlich definiert. Er hat aber dann doch nichts unternommen und wohl eingesehen, dass solche Proteste von den Menschen als reine Vehikel für eine bestimmte Partei angesehen werden. „Mjaft“ ist anders. Es ist zu einem Schlagwort geworden. Wie tief dies allerdings geht, so ist die Wirkung schwer einzuschätzen.“

Das Gespräch führte Jochen Blanken für die „Albanischen Hefte“ am 6. Juni 2003 in Tirana

Stimmen zur Kampagne „Mjaft“



Plakate zu den Kampagnen gegen Menschenhandel (oben) und Armut (unten)

Kommentar von Ardian Klosi in Shekulli vom 16. März 2003 zu dem Artikel: Vier Monate Jugendrevolte!

„Ist dies nicht eine Kampagne, die verpufft?“

Diese Initiative kommt meiner Meinung nach aus einem guten Wunsch heraus, umso mehr, als sie von jungen Leuten ausgeht, die neue Ideen einführen möchten. Ich glaube aber, wie ich selbst zu den Organisatoren gesagt habe, dass dies Aktion nur Sinn macht, wenn sie weitergeht, ganz besonders in unserer Gesellschaft, die ausgesprochen konservativ denkt. Aber so, wie sie es sich gedacht haben, in Form eines kurzen Feuerwerkes, das heute eine Finanzierung findet und morgen nicht, hat es nach meiner Meinung keinen Sinn. Es ist eigentlich eher eine Art, ein bestimmtes Budget zu verbrauchen, ohne große Wahrscheinlichkeit, dass dies in der Mentalität Wurzeln schlägt. Nur wenn diese Aktion dauerhaft und selbstlos bleibt, wenn also diese Initiative weitergeht, auch wenn es dafür kein Geld mehr gibt, kann sie sich zu etwas Positivem wandeln. Die Arbeit, die diese Jugendlichen angefangen haben, braucht großen Idealismus und Beständigkeit. Ich wünsche mir, dass diese Jugendlichen von dieser Art von Idealismus erfüllt sind.

„Shekulli“ vom 29. Mai 2003:

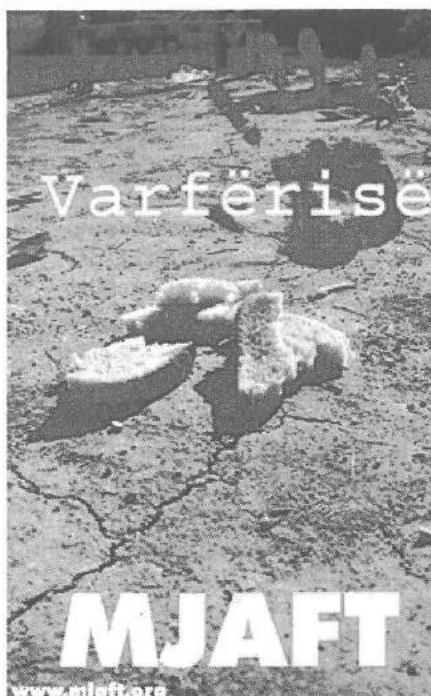
Die Ausländer an den ihnen zukommenden Platz

von David Landsman, Botschafter von Großbritannien in Albanien

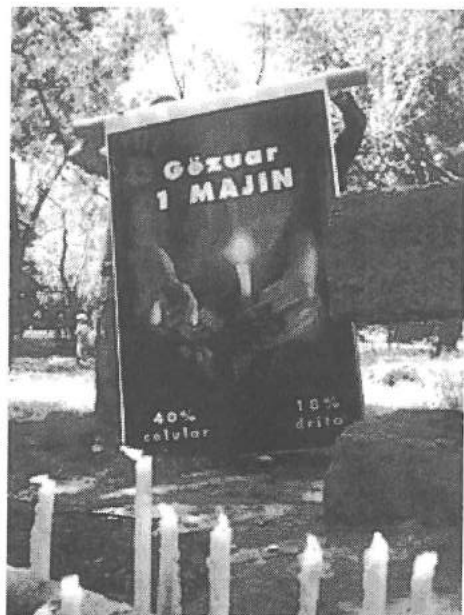
Warum hat die britische Botschaft aus ihren begrenzten Fonds Mittel zur Unterstützung einiger verrückter studentischer Aktivitäten gewährt? Warum fließen sie nicht besser in Dinge, die den Menschen unmittelbar dienen, wie Krankenhausrüstungen oder einige Meter Straßen? Gewichtige Fragen. Die briti-



Plakate zu den Kampagnen gegen Gewalt gegen Frauen (oben) und Blutrache (unten)



Bilder von Aktionen der Mjaft-Kampagne



Proteste zum 1. Mai gegen die mangelnde Stromversorgung: „40 % der Albaner haben ein Handy - aber nur 18 % regelmässig Strom“

schen Botschafter überlegen immer genau, bevor sie Geld ausgeben, und auch ich habe gewiss gründlich nachgedacht, bevor ich mich einverstanden erklärt habe, MJAFT zu unterstützen. Ich kam zu dem Schluss, dass MJAFT eine gute Investition für die Zukunft darstellt. Warum?

Die Gelder, die die internationale Gemeinschaft Albanien und der Region in diesen letzten Jahren hat zukommen lassen, sind schwierig zu erfassen. Großbritannien, das mit etwa 20% zum Haushalt der EU beiträgt (außer den bilateralen Initiativen) hat viel gegeben. Es wurden gute Ergebnisse erzielt – sichtbar in Straßen, Schulen, Krankenhäusern – aber auch auf anderen Gebieten wie der Computerisierung der öffentlichen Verwaltung. Aber die einfachen Albaner wissen, dass es immer noch Probleme gibt, deren sofortige Lösung sie erhofft hatten. Einige dieser Probleme, die im Moment auch MJAFT aufgreift, ergeben sich aus dem Riss zwischen Arm und Reich, aus Folgen der Schwermriminalität, des internationalen Schwarzhandels, der Schwäche des Staates, durch die besonders die Schutzlosen (besonders die Frauen) gefährdet werden, und der Zerstörung der Umwelt. Viele Leute in und außerhalb Albaniens haben angeführt, dass der Staat, nachdem er die Repressionen der Vergangenheit eingestellt hat, sich im Grunde gegenüber den einfachen Menschen nicht mehr verantwortlich fühlt, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Politik erscheint meist mehr als Instrument für Privilegien oder für Pfründe für die Familienangehörigen zu dienen, als sicherzustellen, dass der Staat gut und verantwortungsvoll gegenüber den anderen handelt. Die Erfüllung dieser Aufgaben bleibt oft noch in der Verantwortung der „Donatoren“ liegen. Und das Warten auf ausländische Investoren wird weitergehen, bis diese Vertrauen in die Einhaltung der Wirtschaftsgesetze gefasst haben. Um dies zu regeln, braucht es den Willen aber auch Geld. Die Internationale Gemeinschaft kann und wird sicherlich auch weiterhin helfen. Aber nicht, wie ich fürchte, mit diplomatischer Lobhudelei, die möglicherweise den Eindruck erweckt, wenn wir über künstliche Erfolge reden, dass wir darüber, was in diesem Land ge-

schieht, nicht beunruhigt wären. Als wären wir immer die ersten, die Forderungen stellen, nämlich bei materieller Hilfe, Erfahrungsaustausch, Schulungen usw. nach echter Partnerschaft. Wir tun das, weil es in unserem Interesse liegt, dass wir Nachbarn, in diesem Fall künftige Partner in der EU, haben, die fortgeschritten und beständig sind, was nur garantiert werden kann, wenn die demokratische Verwaltung effektiv verstärkt wird. Wir können helfen, aber wir können diese Arbeit nicht selbst erledigen. Unsere Steuerzahler möchten selber bessere Schulen und Krankenhäuser besitzen, so werden sie es uns nicht erlauben, wenn sie diese Gefahr sehen, dass ihre Gelder durch Korruption und organisiertes Verbrechen verloren gehen. Das umso mehr, als diese Probleme nicht nur einfach des Geldes sondern auch des Verstandes bedürfen. Und wie gewieft die Ausländer auch immer sein mögen, sie werden dennoch nie so gut ins Herz der Probleme eines Landes treffen wie dessen Einwohner selbst. Eine Perspektive ist für ein Land schädlich, das moderne europäische Standards erreichen will, nämlich zuzulassen, dass der Druck zu Reformen nur von außen kommt. Wir werden niemals treffender sein als ihr, um herauszufinden, was zu tun ist.

Abschließend: die Albaner werden niemals die Leistungen erhalten, die ihnen zukommen, solange sie nicht selbst tätig werden. (Wenn jemand meint, ich erteile den Albanern abermals eine Lektion, so gilt meines Erachtens das Gleiche für mein Land wie für andere europäische Länder auch. Die von mir vertretene Regierung akzeptiert und begrüßt die aktive Bürgerbeteiligung als Teil des Lebens, selbst wenn die Menschen gegen das, was wir tun, protestieren.) MJAFT! ist nicht nur für Studenten und Jugendliche sondern für jeden, der fühlt, er müsse etwas zu Verbesserung seiner eigenen Gemeinschaft tun. Soweit ich gehört habe, trägt diese Bewegung dazu bei. Aber weiter? Wir haben eine Investition vorgenommen. Bewege Dich, sag Deine Meinung: jetzt ist die Gelegenheit gekommen, Veränderungen zu erreichen.

Übersetzung: Jochen Blanken, Tirana

OSZE warnt vor neuen Unruhen in Albanien

In einem Bericht, den Osmo Lipponen, der OSZE-Botschafter in Tirana, am 5. Juni auf der 453. Plenarsitzung des Ständigen Rates vorstellte, führte er u.a. aus, daß der zwischenzeitliche Konsens, der zwischen Ministerpräsident Fatos Nano und Sali Berisha, seinem Kontrahenten von der DP, erreicht worden war, aufgrund des Drucks der bald anstehenden Kommunalwahlen gescheitert ist. Das Klima zwischen den Parteien sei durch diese Wahlen sehr von Konkurrenz bestimmt.



Lipponen erklärte in seinem Resumé, daß trotz einer großen Anzahl von guten Programmen, nationalen Strategien und verbesserter Gesetzgebung, deren Umsetzung immer noch sehr langsam vollzogen werde, und die Bemühungen, die tägliche wirtschaftliche und soziale Lebenswelt zu verändern, immer noch keinen ausreichenden Fortschritt bringen. Unter Berücksichtigung des schnellen Bevölkerungswachstums und der hohen Inflationsrate sprach Lipponen von der Möglichkeit, daß erneut soziale und politische Unruhen ausbrechen könnten. In diesem Zusammenhang betonte er, daß der Konsensprozeß der Unterstützung durch die OSZE-Präsenz bedürfe, die auch bei der Reformierung des Wahlgesetzes eine konstruktive Rolle gespielt habe.

Albanien ratifiziert bilaterales Abkommen mit den USA

Obwohl Albanien das Gründungsstatut von Rom 1998 unterzeichnet hat, hat Tirana im Frühjahr ein bilaterales Abkommen mit den USA ratifiziert, in dem es sich verpflichtet,

keine US-Bürger an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern. Die Verstimmung der EU, die gerade die Verhandlungen zu einem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Albanien aufgenommen hatte, fand ihren Niederschlag in ungewohnt kritischen Erklärungen. Die Reaktion seitens der EU war ausgesprochen heftig, man erklärte diese Angelegenheit zu einer Frage der politischen Reife und machte damit deutlich, daß die Ratifizierung des Nichtauslieferungsabkommens den Weg nach Europa nicht eben beschleunigen würde. Auch auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki wurden die anwesenden Balkan-Staaten an ihre Unterschrift unter dem Gründungsstatut erinnert.

Ob mit diesen Erklärungen aber die politische Führung Albanien dazu bewegt werden kann, sich dem Druck zu widersetzen, den die USA Berichten zufolge mit Kürzung von Militärhilfen bzw. mit dem Versprechen der Ansiedlung einer Militärbasis aufgebaut hat, bleibt eher fraglich.

Rumsfeld für 3 Stunden in Tirana

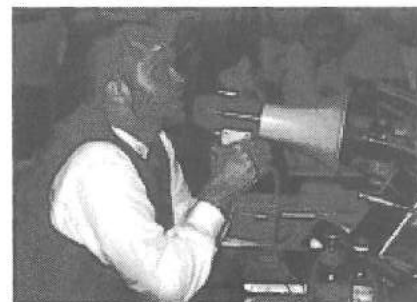
Am 10.06.03 machte Donald Rumsfeld für eine dreistündige Visite Station in Albanien, wo er sich bei Präsident Alfred Moisiu für dessen Hilfe während des Irak-Krieges bedankte. Das Land hatte den USA unter anderem die Nutzung seines Luft- und Seeraums erlaubt. Außer mit Präsident Moisiu traf er auch mit Ministerpräsident Nano sowie seinem albanischen Amtskollegen Pandeli Majko zusammen, der am Tag vor



Rumsfelds Besuch ankündigte, mit dem amerikanischen Verteidigungsminister über eine amerikanische Basis in Albanien zu sprechen.

Rama-Kommission kommt zu keinem einheitlichen Ergebnis

Wie nicht anders zu erwarten, ist die „Rama-Kommission“ des albanischen Parlaments, die die Vorwürfe der Veruntreuung aufklären sollte, die von der Opposition gegen den Oberbürgermeister von Tirana erhoben worden sind, zu keinem einheitlichen Ergebnis gekommen. Während die Demokratische Partei in ihrer Parteizeitung Tag für Tag Breitseiten gegen „Edvin Rama, den großen Dieb Albanien“ eröffnete, in ihrem Bericht durch ihren Kommissionsvorsitzenden Sokol Olldashi verkünden ließen, daß Edi Rama insgesamt rd. 7 Milliarden (alte) Lek „gestohlen“ hätte, sahen die regierenden Sozialisten die Vorwürfe als nicht bewiesen an. Öffentliche Unterstützung hatte Edi Rama während dieser Kampagne gegen ihn v.a. von Ilir Meta, dem Außenminister und stellv. Ministerpräsidenten Albanien, erhalten.



Zu einem Eklat kam es, als Edi Rama bei einer Anhörung mit dem Megaphon zu den Anwesenden sprach. Die DP und ihre Anhänger sprachen von einer Beleidigung des Parlamentes, die Sozialisten titelten in ihrer Zeitung über „betrunkene Banditen der DP, die das Parlament besetzt“ und Edi Rama keine andere Möglichkeit zur Meinungsäußerung gegeben hätten. Bei den für den 19.10.2003 angesetzten Kommunalwahlen haben die Bürger der albanischen Hauptstadt die Möglichkeit, ihrer Meinung zu dieser von beiden Lagern mit viel Showeffekten inszenierten Auseinandersetzung durch Stimmabgabe für oder gegen den amtierenden Bürgermeister bzw. dessen Gegenkandidaten der Opposition zum Ausdruck zu bringen.

„Den albanischen Moslems im Kosovo sind fundamentalistische Tendenzen traditionell fremd“

Gespräch mit
Qemajl Morina,
Prodekan der „Fakultät für islamische Studien“ in Prishtina



Herr Professor Morina, die offizielle Bezeichnung Ihrer Hochschule hinterläßt bei Außenstehenden den Eindruck, dass es sich bei „Fakultät für islamische Studien“ um eine reguläre Fakultät oder Einrichtung der „Universität Prishtina“ handelt.

Kosova“, eine Art öffentlich-rechtliche Körperschaft, und wird ausschließlich von dieser kontrolliert und finanziert.

Woran scheiterte bislang eine Fusion Ihrer Hochschule mit der „Universität Prishtina“?

auch von den zuständigen Organen der kosovarischen Regierung wurde unser Anliegen mit Verweis auf den säkularen Charakter der „Universität Prishtina“ sowie auf das Prinzip der Trennung von Staat und Religion abgelehnt.

Sie erwähnten bereits den Punkt „Trennung von Staat und Religion“. Dieser Grundsatz, so hat es den Anschein, wird im Kosovo besonders konsequent durchgesetzt.

Nun, dieser Eindruck ist richtig. Wir als „Islamische Gemeinschaft von Kosova“ haben mit diesem Prinzip an und für sich kein Problem. Es gibt allerdings einige Bereiche, die aus Sicht der großen im Kosovo aktiven Religionsgemeinschaften verbessert bzw. geändert werden sollten. Lassen sie mich das am Beispiel des Religionsunterrichts verdeutlichen. Im Kosovo darf nach wie vor an den staatlichen Regelschulen kein Religionsunterricht erteilt werden. Kosovo ist damit das einzige Gebiet im früheren Jugoslawien, wo den anerkannten Glaubensgemeinschaften dieses Recht verwehrt wird. In allen anderen albanisch besiedelten Gebieten in Ex-Jugoslawien wird dagegen an den staatlichen Schulen islamischer Religionsunterricht durch die an unserer Hochschule ausgebildeten Absolventen angeboten. Und zwar nicht nur in Makedonien und Montenegro sondern auch in Südserbien („Ost-Kosovo“).

Dies legt die Vermutung nahe, dass auch die Studierenden Ihrer Hochschule nicht nur aus dem Kosovo stammen.

„Die Fakultät für islamische Studien“ ist die einzige wissenschaftliche islamische Ausbildungsstätte im gesamten albanischen Raum auf dem Balkan. Dementsprechend studieren bei uns nicht nur Studenten aus dem Kosovo sondern auch aus Albanien, sowie aus den albanisch besiedelten Gebieten Makedoniens, Montenegros



Renovierter Verwaltungssitz der „Islamischen Gemeinschaft von Kosovo“ in Prishtina

Ja, der Begriff „Fakultät“ mag etwas irreführend sein. Anders als dieser vermuten läßt sind wir weder eine reguläre Fakultät noch eine Einrichtung der „Universität Prishtina“. Mit letzterer stehen wir zumindest bislang weder organisatorisch noch inhaltlich in irgendeiner Verbindung. Unsere theologische Hochschule ist eine Einrichtung der „Islamischen Gemeinschaft von

Als „Islamische Gemeinschaft von Kosova“ bemühen wir uns bereits seit 1999, in Gesprächen mit der UNMIK, der OSZE sowie mit dem kosovarischen Bildungsministerium eine Fusion oder zumindest eine Angliederung unserer Hochschule an die „Universität Prishtina“ zu erreichen. Leider gibt es bis dato in dieser Frage keine Fortschritte. Sowohl von internationaler Seite als

sowie Südserbiens. Unsere Hochschule wurde im Dezember 1992 gegründet. Momentan sind 350 Studierende an ihr immatrikuliert. Im derzeitigen ersten Semester beträgt der Frauenanteil unter den Studierenden übrigens gut 60 Prozent. Wir bilden Diplom-Theologen, Kleriker und Religionslehrer aus, wobei neben den islamkundlichen und allgemein bildenden Fächern auch Englisch auf dem Lehrplan steht.

etwa 400. Auch die Anhänger des Sufismus und des Derwischwesens verfügen im Unterschied zu Albanien im Kosovo über keine eigenen Organisationen. Auch sie und ihre Tekken (spezielle Gebetshäuser der Derwische und Sufisten, Anmerk. der Red.) sind Teil der "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" als einheitlicher islamischer Dachverband.

Halvetiya sowie die Rifaiye die bekanntesten.



Die historische „Fatih-Moschee“ in Prishtina

■ Herr Professor Morina, im Kosovo existiert mit der "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" – anders als beispielsweise in Albanien oder in Makedonien – nur eine islamische Körperschaft. Gehören dieser auch die so genannten Sonderformen wie der Sufismus oder das Derwischwesen an?

■ In der Tat sucht man im Kosovo im auffälligen Gegensatz zu Albanien oder auch Makedonien vergeblich nach mehreren parallel zueinander existierenden islamischen Gemeinschaften oder Dachverbänden. Sämtliche Moscheen im Kosovo gehören der "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" an. Vor dem Krieg zählte man 580 Moscheen in der Provinz. Von diesen wurden 218 im Krieg zerstört. Derzeit beläuft sich die Zahl der Moscheen auf

■ Gilt diese Aussage auch für die Moslems türkischer oder bosniakischer Nationalität im Kosovo?

■ Ja, auch die türkischsprachigen oder bosnischen islamischen Gemeinden im Kosovo gehören ausnahmslos unserem Verband an.

■ Kommen wir noch einmal auf den Sufismus zurück, der früher im Kosovo wie auch in Albanien recht unterschiedliche Erscheinungsformen aufwies. Wie viele dieser Richtungen existieren heute noch im Kosovo?

■ Im Kosovo haben acht sufistische Richtungen überlebt. Von diesen sind die Bektaschi, die

■ In Medienberichten wird in gewissen zeitlichen Abständen immer wieder über den angeblich wachsenden Einfluss islamistischer und fundamentalistischer Strömungen im Kosovo spekuliert. Derartige Meldungen stoßen naturgemäß auch im Ausland auf besonderes Interesse. Wie beurteilen Sie, Herr Professor Morina, den Einfluss radikaler islamischer Kräfte im Kosovo?

■ Wie Sie sicher wissen sind den albanischen Moslems im Kosovo fundamentalistische Tendenzen traditionell fremd. Über die Bedeutung der Religionen bei den Albanern ist viel geschrieben und geforscht worden. Für das nationale Selbstverständnis der Albaner hat die Religion nie eine existenzielle Bedeutung oder Funktion gehabt. In diesem Punkt unterscheiden sich die albanischen Moslems beispielsweise deutlich von ihren bosnischen Glaubensbrüdern. In Bosnien lief die Nationalitäts- und Identitätsbildung über den Islam. So etwas ist im albanischen Raum auf den Balkan völlig undenkbar.

■ Konkret nachgefragt: gibt es im Kosovo fundamentalistische Strömungen? Und wie verhält es sich mit dem Einfluss ausländischer islamischer Hilfsorganisationen aus dem nahen und mittleren Osten?

■ Zweifellos gab und gibt es Versuche ausländischer islamischer Organisationen, im Kosovo Fuß zu fassen. Darunter sind auch Vereinigungen mit einem Islamverständnis, das sich von unserem unterscheidet. Bereits kurz nach Ende des Krieges hat die Führung der "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" sämtliche damals ins Kosovo strömende ausländische islamische Hilfsorganisationen zu einem Treffen eingeladen. Auf diesem haben wir die Bedingungen und Grenzen für eine Zusammenarbeit diskutiert und aufgezeigt.

Humanitäre Hilfe haben wir akzeptiert. Allerdings haben wir uns eine Einmischung in unsere internen Angelegenheiten deutlich verbeten. Auch beim Wiederaufbau von Moscheen haben wir nur sehr vereinzelt und nach Prüfung jedes Einzelfalls Hilfe angenommen. Diese Vorgehensweise hat uns bei den von Ihnen erwähnten islamischen Hilfsorganisationen aus dem Ausland nicht nur Freunde gemacht. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Wie viele ausländische islamische Organisationen sind derzeit noch im Kosovo aktiv und in welchen Bereichen arbeitet die "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" mit diesen zusammen?



Historische „Stadtmoschee“ in Prishtina

Die genaue Zahl kann ich Ihnen nicht nennen zumal sich diese in den letzten Jahren reduziert hat. Mit den verbliebenen islamischen ausländischen Hilfsorganisationen haben wir nur wenige Berührungspunkte. Es ist mehr ein Nebenaspekt als ein Miteinander.

In den bereits erwähnten Medienberichten wird explizit vor dem Einfluss der Wahhabiten im Kosovo gewarnt. Gibt es im Kosovo wahhabitische Gemeinden oder Strömungen? In den hiesigen Zeitungen wurde ja kürzlich über einem Imam in Prizren berichtet, der un-

ter den Einfluss der Wahhabiten geraten sein soll.

Wie ich bereits zu Anfangs sagte: sämtliche islamische Gemeinden im Kosovo gehören unserem Verband an. Darunter sind weder wahhabitische noch schiitische Gemeinden. Diese islamischen Glaubensrichtungen sind im Kosovo historisch gesehen überhaupt nicht verwurzelt. Zutreffend ist allerdings, dass einer unserer Imame in Prizren offensichtlich unter den Einfluss radikalerer Kräfte geraten ist. Wir als "Islamische Gemeinschaft von Kosova" beobachten die dortige Entwicklung sehr sorgfältig. Von einer Situation wie in Makedonien

kann im Kosovo jedoch nicht gesprochen werden.

Sie erwähnen Makedonien. Inwieweit unterscheidet sich die Situation in Makedonien von der im Kosovo?

Die islamische Gemeinschaft in Makedonien ist als Organisation von heftigen internen Konflikten erschüttert und leider inzwischen faktisch gespalten. Anders als im Kosovo sind in Makedonien durchaus radikalere islamische Kräfte auszumachen. Zentrum dieser Entwick-

lung ist besonders die Region um Kumanovo.

Herr Professor Morina, der "Islamischen Gemeinschaft von Kosova" wird eine gewisse politische Nähe zur "Demokratischen Liga Kosovas" (LDK) nachgesagt. Auch im früheren Jugoslawien galt Ihr Verband als eher staatstragend.

Die "Islamische Gemeinschaft von Kosova" ist eine politisch unabhängige religiöse Körperschaft. Wir unterhalten Kontakte zu allen großen politischen Parteien im Kosovo und nicht nur zur LDK. Unter unseren Gläubigen finden Sie Mitglieder fast aller Parteien. Eine politische Einseitigkeit unseres Verbandes vermag ich daher nicht zu erkennen.

Das Ende des Kosovo-Krieges liegt inzwischen vier Jahre zurück. Wie hat sich in dieser Zeit der interreligiöse Dialog im Kosovo entwickelt?

Vor dem Kosovo-Krieg unterhielten wir sowohl zur Römisch-katholischen als auch zur Serbisch-orthodoxen Kirche gute Arbeitsbeziehungen und regelmäßige Kontakte. Unser Verhältnis zur katholischen Kirche ist nach wie vor eng und gut. Unser geistliches Oberhaupt, Mufti Dr. Rexhep Boja, trifft sich regelmäßig mit seinem katholischen Amtskollegen aus Prizren. Die Beziehungen zur Serbisch-orthodoxen Kirche sind hingegen weiter belastet. Erste hoffnungsvolle Anzeichen für einen vorsichtigen Neubeginn in den Beziehungen sind jedoch sichtbar.

Herr Professor Morina, haben die drei großen Religionsgemeinschaften im Kosovo-Krieg versagt?

Das ist eine schwierige Frage, die nicht so einfach zu beantworten ist. Wie Sie sicher wissen, gab es während der gesamten Zeitspanne der kriegerischen Auseinan-



Fast fertiggestellter Neubau einer Moschee in Prishtina

dersetzungen auf dem Balkan mehrere Konferenzen im Ausland, auf denen sich die Führungen der Religionsgemeinschaften unter Hilfestellung internationaler kirchlicher und religiöser Gremien um eine gemeinsame Position bemühten. An diesen Treffen hat auch die Serbisch-orthodoxe Kirche teilgenommen. Die Verantwortung der Religionsgemeinschaften für die Erhaltung des Friedens war damals unstrittig. Trotzdem haben wir die Eskalation der Ereignisse nicht verhindern können.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Serbisch-orthodoxen Kirche im Kosovo-Krieg?

Die Rolle der Serbisch-orthodoxen Kirche während des Krieges ist nicht ohne Widersprüche. Dies ist ein längeres Thema. Erlauben Sie mir dazu eine persönliche Anmerkung. Das Haus meiner Familie steht in der Nähe des serbischen Klosters Graëanica. Während des Krieges wurde unser Haus nahezu vollständig zerstört. Über einen kurzen Anteil nehmenden Anruf unseres früheren Gesprächspartners Bischof Artemije von der Serbisch-orthodoxen Kirche hätte ich mich zum damaligen Zeitpunkt sehr gefreut. Das wäre zweifellos ein ermutigender Akt der Solidarität und der Menschlichkeit gewesen.

Das Interview mit Professor Qemajl Morina führte Stephan Lipsius.

Kosovarischer Beitrag „EXIT“ gewinnt „Grand Prix“ von Cannes in der Kategorie 'Kurzfilm'

Der Kurzfilm „EXIT“ der kosovarischen Filmemacherinnen Lendita Zeqiraj und Blerta Zeqiri hat beim diesjährigen Filmfestival in Cannes den großen Preis in der Kategorie Kurzfilm gewonnen. Der 30-minütige Film erzählt ein Ereignis aus dem jüngsten Kosovo-Krieg. Drei Personen verstecken sich in einer Wohnung, um ihr Leben zu retten. Der Mangel an Lebensmitteln wie auch an Informationen über das, was draußen geschieht, führt zu ei-

ner immer gespannteren Lage. Einerseits entsteht zwischen ihnen eine Freundschaft, wie sie sie zuvor nicht kennengelernt haben, gleichzeitig aber bringt diese außerordentliche Situation sie auch weiter auseinander, als sie es je waren.

Lendita Zeqiraj, 31 Jahre alt, ist in Prishtina geboren und hat 1997 in ihrer Heimatstadt die Abteilung ‚Malerei‘ der Kunstfakultät der Universität absolviert. Derzeit setzt sie an der Universität Paris 8 ihre Studien an der

Philosophischen Fakultät fort. Die 24-jährige Blerta Zeqiri hat 1997 an der Abteilung für Dramaturgie der Kunstfakultät der Uni Prishtina ihr Studium begonnen und zwei Jahre lang absolviert. Auch sie studiert inzwischen an der Universität 8 in Paris.

Der Film „EXIT“ nahm im Mai diesen Jahres auch am internationalen Wettbewerb der Oberhausener Kurzfilmtage teil.

Freihandelsabkommen zwischen Kosovo und der Republik Albanien unterzeichnet

Der scheidende UN-Administrator Michael Steiner fühlte sich nach eigenen Aussagen glücklich, am letzten Tag seiner Amtszeit als UNMIK-Chef ein für den Kosovo wichtiges Abkommen unterzeichnen zu können. Es handelte sich um ein Freihandelsabkommen zwischen dem unter UN-Verwaltung stehenden Kosovo und der Republik Albanien, das bereits im September in die Praxis umgesetzt werden soll. Es soll sofort bei der Liberalisierung von rund 50 % des Warenaustausches zwischen dem Kosovo und Albanien helfen und in den nächsten sechs Jahren zu einer weitgehenden Liberalisierung des Handels zwischen beiden Ländern führen. Dieses Abkommen wird als Auftakt einer ganzen Reihe ähnlicher Abkommen mit anderen Balkanstaaten gesehen.

Kosova Airlines bleibt zunächst noch am Boden



Die nach dem Gewinn der Ausschreibung durch die Fluggesellschaft „Hamburg International“ für den 1. September geplante Aufnahme von Flügen unter dem Namen „Kosova Airlines“ scheint sich zu verzögern, da die für Mitte Juni vorgesehene offizielle Vertragsunterzeichnung zwischen „Hamburg International“ und der Regierung des Kosovo noch nicht erfolgt ist.

Steiner sagt „Iamtumirë“



Nach rund 500 Tagen als Chef der UN-Verwaltung im Kosovo sagt Steiner nun - zumindest in dieser Funktion - dem Kosovo „Lebewohl“. Die Bilanz von Steiner, dernach dem Franzosen Kouchner und dem Dänen Haekkerup dieses Amt im Frühjahr 2002 übernommen hatte, wird allgemein als durchaus „gemischt“ gesehen, auch wenn er selbst in seinem letzten Bericht an die UN erklärt, daß der Kosovo in seiner Zeit einen „großen Fortschritt“ erzielt hätte. Wirtschaftlich ist die Lage im Kosovo nach wie vor äußerst prekär, die Lebensumstände der großen Mehrheit der Bevölkerung ist vom täglichen Überlebenskampf geprägt.

Zweifellos ist es eines seiner wichtigsten Verdienste, die zu Beginn seiner Amtszeit völlig zerstrittenen albanischen Politiker im Übergangsparlament des Kosovo zu einem Kompromiß gebracht und gleichzeitig auch den Vertretern der Serben einen gebührenden Platz gesichert zu haben. Folgerichtig war er zu dem jüngsten EU-Gipfel in Thessaloniki auch mit einer von ihm geleiteteten multiethnischen Delegation gereist. Doch seine Politik der „Standards vor Status“ fand v.a. bei seinen albanischen Partnern nicht nur ungeteilte Zustimmung. Auf serbischer Seite hingegen wurde das Setzen bestimmter Standards wie z.B. die Verabschiedung des neuen Strafgesetzes durch das Übergangsparlament als (weiterer) Schritt in Richtung Unabhängigkeit gesehen, entsprechend skeptisch stand im Belgrad gegenüber.

Die albanische Zeitung „Zëri i Ditës“ kommt in ihrer Bilanz am 7.7.03 zu folgendem Schluß, daß Steiners

Scheitern vorherbestimmt gewesen sei, dieses Scheitern aber gleichzeitig auch sein größter Erfolg gewesen sei, auch wenn er selbst dies nicht öffentlich äußern könne. Denn „wenn es nicht das Bemühen von Steiner gegeben hätte, seinen Plan „Standards vor Status“ und dessen Scheitern, dann wäre nicht die Tatsache zutage getreten, daß der endgültige Status des Kosovo viel schneller gelöst werden müßte, als es Steiner vorsehen hätte, und daß die langfristige Stabilisierung des Kosovo und dieser Region Geiseln des Status des Kosovo sind.“

Nach dem Abgang Steiners ist der Posten des UNMIK-Chefs zunächst verwaist, zahlreiche Namen wurden für die Nachfolge gehandelt, aber kaum einer fand die Zustimmung aller beteiligten Parteien.

Laut „Neue Zürcher Zeitung“ gab es auch Bemühungen, einen Schweizer für diesen Posten ins Gespräch zu bringen, zumal die Schweiz sich nicht nur im Kosovo, sondern auch im Serbien der Nach-Milosevic-Ära Wahrscheinlich in beträchtlichem Rahmen engagiert hat. Die Reaktion albanischer Kreise in Prishtina war der NZZ zufolge auch recht positiv, aber dennoch schätz man die Chancen für einen Schweizer Kandidaten eher als gering ein, da ein Nachfolger - Beobachtern zufolge - wohl aus einem Mitgliedsland der EU oder einem der EU-Beitrittskandidaten stammen muß. Die NZZ zitiert dazu in einem Artikel am 9.7.03 einen mit der Schweiz verbundenen kosovo-albanischen Politiker mit folgenden Worten: „Wir haben genug von diesen Ausländern, die wie der Wirbelwind kommen, kaum hat die Arbeit begonnen, schon wieder verschwinden.“

Bundesgericht setzt Asyl- anerkennung von Kosovo- Albanern Schranken

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat der Asylanerkennung von Kosovo-Albanern Schranken gesetzt. Die Bundesrichter bestätigten am Donnerstag eine

Behördenentscheidung, die mehreren Kosovo-Albanern die Anerkennung als Asylbewerber wieder entzogen hatte. Begründung: Im Kosovo gebe es nicht mehr die Gefahr einer politischer. Verfolgung (Aktenzeichen: BVerwG 1 C 15, 16 und 36.02).

In dem Revisionsverfahren ging es um den Fall von mehreren albanischen Asylbewerbern aus dem Kosovo, die während des Kosovo-Konfliktes im Frühjahr 1999 Asylurteile zu ihren Gunsten erstritten hatten. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erteilte ihnen daraufhin Anerkennungsbescheide, allerdings erst nach dem Einmarsch der UN-Friedenstruppen KFOR in den Kosovo im Juni 1999. Später widerrief das Amt die Anerkennung. Eine neuerliche Klage der Kosovo-Albaner war vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg gescheitert. Auch das Bundesverwaltungsgericht gab nun in letzter Instanz der Behörde recht. Die Kosovo-Albaner seien vom Bundesamt allein deshalb anerkannt worden, weil ihnen zum maßgeblichen Zeitpunkt des Erlasses - rechtskräftigen Verpflichtungsurteile im Mai 1999 bei einer Rückkehr in den Kosovo eine ethnische Gruppenverfolgung gedroht hätte.

Alle späteren Entwicklungen der Lage im Kosovo würden von den zur Anerkennung verpflichtenden Urteilen und den zu ihrer Befolgung ergangenen Anerkennungsbescheiden nicht erfasst, urteilten die Bundesrichter.

Die Sachlage hätte sich nach den Feststellungen des OVG zwar bereits vor Erlass der Anerkennungsbescheide am 22. Juni 1999 durch den Abschluss des NATO-Militärabkommens mit Jugoslawien am 9. Juni 1999 und die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 sowie den anschließenden Einmarsch der KFOR-Streitkräfte grundlegend geändert. Dennoch habe das Bundesamt zunächst die Anerkennungen aussprechen und diese später wegen des auch von den Klägern nicht bestrittenen Wegfalls einer Verfolgungsgefahr wieder aufheben dürfen. (dpa-08.05.2003)

Wo liegt die Zukunft des Kosovo?

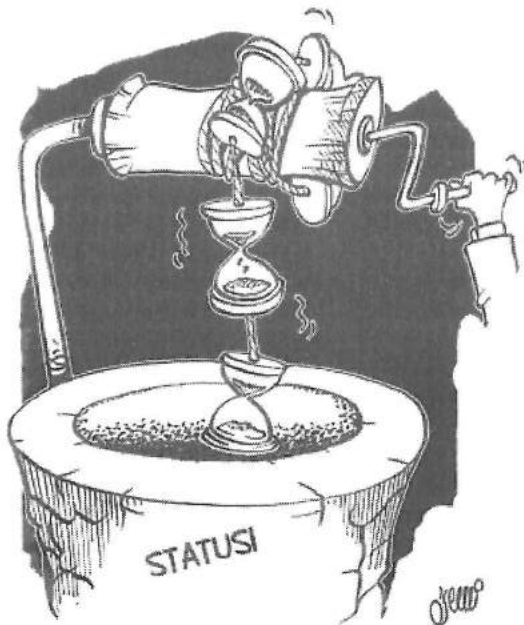
Mitte Mai beschloß das Parölament des Kosovo mit 78 gegen 42 Stimmen das Recht auf einen eigenen Staat, wohl wissend, daß es damit den scharfen Widerspruch des UNMIK-Chefs Michael Steiner provozieren würde, der ja die Parole ausgegeben hatte „Standards vor Status“. Dieser erklärte dann auch: „Die UNO erwartet, dass das Parlament Kosovo in die Zukunft führt und nicht den Weg in die Vergangenheit beschreitet“.

Doch wo liegt die Zukunft des Kosovo? Sind ohne eine schnelle Klärung der Statusfrage überhaupt entscheidende Fortschritte zu erzielen, schließlich hat das Ausklammern dieser Frage in den letzten vier Jahren seit Kriegsende wenig Positives bewirkt.

Deutschland oder Frankreich scheinen die Option der Unabhängigkeit verworfen zuhaben, Erhard Busek, der Koordinator des EU-Stabilitätspaktes denkt laut darüber nach, den Kosovo vollständig unter EU-Kontrolle zu stellen.

Anders scheint die Haltung der USA, hier wird die die Unabhängigkeit durchaus ins Kalkül gezogen. Und Bajram Rexhepi, kosovarischer Ministerpräsident, hat bei seinem Besuch Anfang des Jahres in Washington positive Signale in dieser Frage ausmachen können.

Und eine solche Position wird auch von Vertretern der amerikanischen Öffentlichkeit vertreten. Der - durchaus einflußreiche - amerikanische Milliardär Georg Soros äußerte Ende Mai auf einer Tagung in Athen: „Die „EU schützt einen Status Quo, der so gar nicht mehr existiere. Kosovo kann kein Teil Serbiens bleiben.“ Im Kosovo war ihm der Beifall aller Albaner sicher. Solange eine konkrete Beitrittsperspektive zur EU nicht sichtbar ist, wird man sich in Prishtina kaum mit der Vertröstung auf „Standards“ à la Steiner zufrieden geben.



Karikatur von Jeton Mikullovi - JEMI aus „Koha Ditore“

Kosovo-Parlament verabschiedet Resolution über „Befreiungskrieg“

Kampf der UCK wird als „sauberer und gerechter Krieg“ bezeichnet

Die Abgeordneten der Versammlung von Kosova haben auf der Sitzung am 15. Mai 2003 eine Resolution über den Krieg des Volkes von Kosova für Freiheit und Unabhängigkeit verabschiedet, in der es heißt:

„Die Versammlung von Kosova bekräftigt den Sieg im Befreiungskrieg, der von der Kosova-Befreiungsarmee geführt und von der NATO unter Führung der Vereinigten Staaten und ihren Alliierten unterstützt wurde. Sie bekräftigt das Bekenntnis der Bürger Kosovos zu einem demokratischen und unabhängigen Staat. Sie ist der Ansicht, dass die Werte des Befreiungskrieges Werte sind, die dem gesamten Volk Kosovos gehören und international anerkannt sind und billigt diese Entschliebung in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes von Kosova nach Freiheit und Unabhängigkeit:

1. Der Krieg des Volkes von Kosova um Freiheit und Unabhängigkeit Kosovos in allen seinen Phasen – der politische Kampf, der friedliche Widerstand und der bewaffnete Kampf unter Führung der Kosova Befreiungsarmee (UCK) - war ein gerechter Krieg für die Freiheit des Landes und für eine moderne und demokratische Gesellschaft.
2. Der friedliche Widerstand und der politische und konstitutionelle Kampf, der die Billigung der Verfassung und das Referendum zum Ergebnis hatte, haben den Willen des Volkes von Kosova nach Unabhängigkeit und Demokratie festgelegt.
3. Der bewaffnete Krieg des Volkes von Kosova, der von der UCK geführt wurde, war ein sauberer und gerechter Krieg für die Befreiung von Kosova, ein Krieg gegen die serbischen Verbände von Militär und Polizei und die paramilitärischen Kräfte.
4. Der von den USA geführte NATO-Krieg war ein Krieg gegen Gewalt und Völkermord durch die serbische Herrschaft in Kosova und um die Rettung und Befreiung des Volkes von Kosova.
5. Der politische und bewaffnete Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit Kosovos ist das Fundament der Politik, die danach strebt, Kosova zu einer modernen, freien und demokratischen Gesellschaft für alle seine Bürger, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit, Religion oder ihres ethnischen und religiösen Hintergrunds zu machen.
6. Die Versammlung von Kosova weist die Regierung von Kosova an, Gesetze zur Regelung des Status der Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Kosovos auszuarbeiten.“

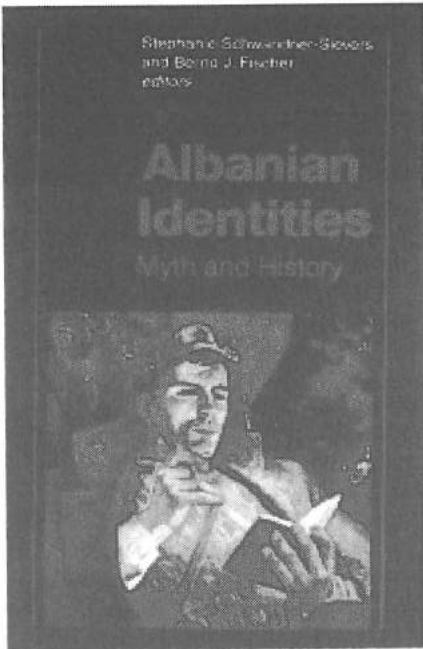
Diese Resolution wird von den Parlamentsfraktionen der folgenden Parteien unterstützt:

LDK (Demokratische Liga Kosovos – MD), repräsentiert von Sabri Hamiti, PDK (Demokratische Partei Kosovos – MD), repräsentiert von Arsim Bajrami, AAK (Allianz für die Zukunft Kosovos – MD), repräsentiert von Bujar Dugolli sowie der Parlamentsfraktion der anderen, repräsentiert von Faik Merolli. (MK)

Pristina, 15.5.2003, QIK, alban. -

Übersetzung : Deutsche Welle Monitordienst

**Stephanie Schwandner-Sievers, Bernd J. Fischer (ed.):
Albanian Identities.
Myth and History.**
London 2002. XVII, 238 S. ISBN 1-85065-572-3.



Neben der Auseinandersetzung um "objektive" Fakten und Entwicklungen auf dem Balkan bemühen sich seit geraumer Zeit Sozialwissenschaftler um das Verständnis mentaler Strukturen und kollektiver Traditionen. Die Debatte der Identität einer Nation kreist zum einen um die in der Vergangenheit stets einseitig in den Mittelpunkt gestellte Frage, was die Unterscheidungsmerkmale der Albaner (bzw. anderer Nationen und ethnischer Gruppen) gegenüber anderen Völkern sind. Darüber ist die Frage, was die Gemeinsamkeiten der Albaner mit ihren balkanischen Nachbarn oder mit den europäischen Völkern insgesamt sein könnten, vernachlässigt worden.

Stephanie Schwandner-Sievers von der School of Slavonic and East European Studies, London, hatte 1999 zu einer Konferenz über die Rolle von Mythen in Geschichte und Gegenwart Albanien eingeladen. Die Beiträge waren bereits in albanischer Übersetzung in Fatos Lubonjas Zeitschrift "Përpejka" 15-16, Tirana 1999, erschienen; sie lie-

gen jetzt auf 19 Kapitel gekürzt in englischer Sprache vor. Leider sind dabei u.a. Vorträge zur Rolle der Frauen in Albanien weggefallen. In zwei methodischen Beiträgen versuchen die Herausgeberin und George Schöpflin von derselben Institution, den Diskussionsrahmen der Mythen als Elemente der kollektiven Identität, sowohl im Selbstverständnis der Albaner als auch in der Wahrnehmung der Albaner von außen, zu beschreiben. Die an die Festung bei Shkodra geknüpfte albanische Version der Bauopfersage (hier übernommen aus dem nicht abgedruckten Referat von Artan Fuga) kann dabei als Metapher des Konfliktes der Albaner zwischen den Loyalitäten gegenüber der Familie und gegenüber Staat und Gesellschaft gedeutet werden; daran knüpft Schwandner-Sievers die Frage, ob den hier zu untersuchenden modernen Mythen mythologische Archetypen zu Grunde liegen. Schöpflin will nicht jede fiktive Vorstellung als Mythos verstanden wissen, sondern nur solche, die Vehikel einer kollektiven Moral werden – z.B. der serbische Kosovo-Mythos, der einer rationalen Auseinandersetzung im Wege stand und steht.

Piro Misha von der Open Society Foundation, Tirana, untersucht die von der Nationalbewegung forcierte Abgrenzung von den anderen Balkanvölkern, die in Hoxhas Isolationismus ihre letzte Konsequenz fand.

Isa Blumi geht auf einen Aspekt dieser Abgrenzung, das albanischsprachige Schulwesen, ein, das eine Schlüsselforderung der Nationalbewegung vor 1912 war, aber gleichzeitig von den politisch Verantwortlichen in Istanbul, Rom und Wien instrumentalisiert werden konnte.

Die Wechselwirkung zwischen Nationalismus und Bektashije wird in den Schriften von Naim Frashëri deutlich, so der Religionsforscher Ger Duijzings, London. Über seinem Skanderbeg-Epos werde seine "Qerbelaja" meist übersehen; der Kampf zwischen den Schiiten unter Hussein und den Sunniten unter Yazid weise Parallelen zur Unterdrückung der Albaner durch die Osmanen auf.

Noel Malcolm, Oxford, Autor einer Geschichte Kosovos, folgt den nationalistischen Mythen in den Schriften von vier in den USA lebenden albanischen Autoren (Dako, Konica, Noli, Çekrezi), der Abstammung von den Pelasgern, der ethnischen Homogenität, des ständigen Kampfes um die nationale Identität und dem Primat der Nation vor der Religion. Fatos Lubonja stellt (aus eigenem Erleiden) die Konsequenzen dieser Mythen in ihrer politischen Applikation durch das kommunistische System und die Rolle der Kulturschaffenden (z.B. Kadare) dar, die ihre Gegenwirkung zu einem mythischen Verständnis vom Westen als umfassend positivem Gegenmodell zum umfassend negativen Kommunismus fand, das in den letzten Jahren einer Desillusionierung gewichen ist.

Auch Galia Valtchinova, Sofia, setzt sich kritisch mit Kadare auseinander; in seinem Roman "Dosje H" verfälsche er bewusst die Forschungen ausländischer Musikethnologen, auf die er sich beziehe, indem er die mündlich tradierte Rhapsodenepeik für die Albaner nationalisiere und den Serben vorwerfe, albanisches Kulturgut zu unterdrücken.

Dass Enver Hoxha aufgrund seiner extrem lang aufrecht erhaltenen Schlüsselposition in der Lage war, die Zeitgeschichte nach seinen Vorgaben schreiben zu lassen, hat keinerlei Neuwertigkeit; Alex Standish, London, demonstriert es anhand der Befreiung Tiranas 1944 und dem Ausbau des "neuen Albanien".

Die wichtigste Spezialistin für Sufismus in Albanien, Nathalie Clayer, Paris, setzt sich mit einer Überlieferung auseinander, wonach Ali Pasha von Janina der Bektashije angehört habe. Sie meint, er habe eher einer der anderen Tarikat (Sadije, Nakshbandije oder Halvetije) nahe gestanden. Was dies mit dem Thema Mythos zu tun hat, bleibt unklar. Zumindest in der Außenwahrnehmung wird der albanische Sufismus immer pauschal mit der Bektashije gleich gesetzt; dass er sich pluraler gestaltet, hat die Autorin selbst 1990 in einer großen Studie dargetan. Dass die Bektashije in Albanien gegenüber den anderen Tarikat dominierend ist, bleibt unbestritten.

Bernd Jürgen Fischer, Fort Wayne, nimmt einen weit relevanteren Mythos auseinander, das Stereotyp von der kämpferischen Begabung aller Albaner, das von Skanderbeg über die antitürkischen Aufständen und den Kampf um Vlorë gegen die Italiener 1920 bis zum Partisanenkrieg gepflegt und konstitutives Element des Identitätsverständnisses der Hoxha-Ära geworden sei.

Eine andere Perspektive nimmt Roderick Bailey, Edinburgh, ein. Er wendet sich gegen den Mythos, es sei dem Einfluss kommunistischer Agenten innerhalb der britischen Administration zu verdanken gewesen, dass die Partisanen in der Schlussphase des Krieges alliierte Unterstützung erhalten hätten, die sie gegen ihre konservativen Landsleute verwendeten. Es sei hingegen eine nicht zu leugnende Tatsache gewesen, dass die kommunistisch geführten Verbände die einzigen waren, die nicht mit den Deutschen kollaboriert, sondern gegen sie gekämpft hätten.

Denisa Kostovicova, Cambridge, wendet sich in einem sehr faktenreichen Beitrag wieder dem Thema der nationalsprachlichen Erziehung zu, hinsichtlich ihrer Rolle in Kosovo aus historischer Sicht und in den 90er Jahren. Die serbische Schulpolitik bis 1941 und nach 1990 habe das albanische Identitätsbewusstsein entgegen ihren Absichten gestärkt, das aber jetzt an der Wegscheide zwischen gesamtalbanischer und kosovarischer Identität angekommen sei.

Elias Skoulidas, Ioannina, untersucht das Albanerbild in der griechischen Presse zwischen 1830 und 1850, durch das das bis heute nachwirkende Stereotyp vom Albaner als dem Räuber und Rebellen formiert wurde. In Gesprächen mit zwei Emigranten aus Albanien und Kosovo versucht Annie Lafontaine, Montreal, unterschiedliche Perspektiven auf das eigene und das Gastland herauszuarbeiten; der doppelten Identität steht die Abgrenzung gegenüber Amerika gegenüber.

Das Verständnis von "Kultur" unter muslimischen und orthodoxen Albanern in Devoll (Ostalbanien, nahe der griechischen Grenze) ist nach Auffassung von Gilles de Rapper, Paris, trotz des Bekenntnisses zum

"Albanertum als Glaube der Albaner" differenziert.

Im abschließenden Kapitel zu den Mythen der Demokratie geht zunächst Mariella Pandolfi, Montreal, auf das schnelle Aufeinandertreffen unterschiedlicher ausländischer und inländischer Perzeptionen über Albanien ein, das durch die Präsenz internationaler Organisationen bedingt sei. Ergänzt wird dies von Nicola Mai, Sussex, mit einer generellen Einschätzung von Jugendorganisationen und ihrer Rolle für das Verständnis von Demokratie und Zivilgesellschaft.

Fabian Schmidt, Köln, schließt das Buch mit dem äußerst fruchtbaren Thema der Verschwörungstheorien in den albanischen Medien. Besonders das offizielle Organ der Demokratischen Partei Albanien und eine ihr nahe stehende Tageszeitung ("Albania") bemüht sich nach Kräften, der Sozialistischen Partei die Wiedereinführung der kommunistischen Diktatur und zugleich den Verrat der albanischen Interessen an Griechenland und Serbien zu unterstellen.

Die Diskussion um die kollektive Psychologie der Albaner (wenn es so etwas überhaupt gibt) wird durch diesen Band gefördert. Wenig Raum nimmt interessanterweise der bei weitem stärkste Mythos der Albaner, ihr Nationalheld Skanderbeg, ein, obwohl bis heute keine Regierung und nahezu keine politische Kraft im albanischen Raum darauf verzichtet, Bezug auf ihn zu nehmen. Wichtig ist auch, dass eine allzu große Einseitigkeit zu Lasten der Kommunisten durch Kontrapunkte, wie Bailey und Schmidt sie setzen, vermieden wird.

Michael Schmidt-Neke

**Norbert Mappes-Niediek:
Balkan-Mafia. Staaten in
der Hand des Verbrechens
– Eine Gefahr für Europa.**

Ch.Links Verlag, Berlin 2003.
Paperback 190 S. ISBN 3-86153-284-0. 14,90 €

„Schon wieder ein Buch über kriminelle Albaner?“, fragt man sich etwas nervös. Nach der maßvollen Untersuchung von Holger Lemmel:

"Kosovo-Albaner in Deutschland – Eine Bedrohung für die innere Sicherheit?" (Essen 1997) war erst 2000 in Frankreich ein ganz ähnlich betitelt Buch erschienen: "La mafia albanaise – une menace pour l'Europe" von Xavier Raufer und Stéphane Quééré, das zur kollektiven Denunziation der Albaner geraten war; wir haben Ismail Kadare's Protest dagegen in den AH 1/2001 dokumentiert.

Norbert Mappes-Niediek ist durch zahlreiche gut recherchierte Presseveröffentlichungen, u.a. in der ZEIT, über den Verdacht erhaben, mit dem Zeigefinger auf einzelne Völker zu deuten und Kriminalität ethnisch zu definieren. Sein Bezugsrahmen ist der Balkan, den er auf Albanien, Bulgarien, Bosnien, Makedonien, Serbien/Montenegro incl. Kosovo und mit Einschränkungen Kroatien reduziert.

Er widerspricht der gerade von Albanern oft vorgebrachten Rechtfertigung für Gräueltaten an Kosovo-Serben oder –Roma, die albanischen Täter seien traumatisierte Menschen, die ihre Angehörigen auf schreckliche Weise verloren hätten und jetzt Rache üben würden. Er verweist auf UNMIK-Statistiken, die nicht in einem einzigen Fall Rache als Motiv für Mord angetroffen hätten. Die Täter seien gerade nicht frühere Opfer, sondern junge Männer, die geflohen waren oder sich eine Zeitlang versteckt gehalten hatten und im Nachhinein Krieg gegen Zivilisten führen würden.

Mappes-Niedieks Einschätzung des makedonisch-albanischen Konfliktes von 2001 ist bewusst provokativ: kein Remake des Kosovo-Krieges, sondern ein "Cover-up", ein als politischer Aufstand getarntes Unternehmen des organisierten Verbrechens. Bandenführer in Tetovo seien demnach mit der 1998-2002 mit regierenden PDSH zusammen gestoßen, deren örtlicher starker Mann, Menduh Thaçi, ihre Interessen gestört habe. Nicht Radikale (UÇK bzw. deren politischem Nachfolger BDI) und Moderate (Arben Xhaferis PDSH) stünden im albanischen Lager im Streit miteinander, sondern konkurrierende Interessen von Zuhältern, Frauen-, Waffen- und Drogenhändlern. Der Autor bestreitet dabei (anders als Raufer) nicht,

dass in allen politischen Gruppen seriöse und konstruktive Menschen wie Xhaferi und Teuta Arifi um politische Antworten auf politische Fragen bemüht sind.

Das Szenario ist bestechend, weil es ein nachvollziehbares Erklärungsmuster dafür liefert, warum Anfang 2001 ein Aufstand losbrach, obwohl die Lage der Albaner in Makedonien in keiner Weise mit der in Kosovo bis 1999 zu vergleichen war und obwohl unter der rechten Koalitionsregierung Georgievski (1998-2002) zunächst eine Reihe sehr konkreter Fortschritte erzielt worden sind.

Mappes-Niediek entwickelt ein Betrachtungssystem, wonach Art und Ausmaß der organisierten Kriminalität mit Stärke und Struktur des Staates in Wechselwirkung stehen: im starken, autoritären Staat Verschmelzung von Kriminalität und Regime, im schwachen Staat Ausnutzung und Auffüllung von Machtvakua durch das Verbrechen.

Die Albaner haben eine lange Tradition der Staatsferne; ihr primäres Ordnungsprinzip ist die Familie im weiteren Sinn. Die Erfahrung der Auseinandersetzung mit undemokratischen und schwach legitimierten Staaten, die ihr Gewaltmonopol ständig missbrauchten, zwang sie, sich nicht gesetzeskonform zu verhalten; gerade die im Exil sozialisierten UÇK-Führer wie Hashim Thaçi und die im Land gebliebenen zornigen jungen Männer wie Rustem Mustafa (Kommandant Remi) mussten in ständiger Regelverletzung leben und fanden die Maßstäbe nicht, legitimen Widerstand von Unrechtshandlungen zu trennen. Wie sollten sie auch, wenn Kosovo als Einsatzort für serbische Polizisten höchst attraktiv war, weil sie dort durch Erpressung in kurzer Zeit reich werden konnten? Und genau deswegen ist es für UNMIK und KFOR so schwer, gegen kriminell agierende UÇK- bzw. TMK-Führer wie Mustafa vorzugehen, der erst im Sommer 2002 festgenommen wurde. Diese Staatsferne macht die albanische Gesellschaft, so der Autor, zu modernsten und mobilsten, die sich am schnellsten auf neue Situationen einstellen kann, statt auf öffentliche Vorgaben und Dienstleistungen zu warten.

Der jugoslawische Geheimdienst, damals Innenminister Stane Dolanc (einem Slowenen) unterstellt, ließ in den 80er Jahren Emigranten durch Kriminelle ermorden, so die Kosovarenführer Zeka und die Brüder Gërvalla 1982 und den Wirtschaftsfunktionär Djurekovic 1983. (Warum Mappes-Niediek den Mord an Djurekovic als Anfangspunkt der jugoslawischen Staatskriminalität ansieht, verstehe ich nicht.) Der des Mordes an den Kosovaren verdächtige Arkan (Zeljko Raznjatovic) hatte eine steile Karriere als Räuber hinter sich und genoss staatliche Protektion; seine spätere Karriere als rechtsextremer Parteichef und Anführer von Mordkommandos in Bosnien und Kosovo fand 2000 mit seiner eigenen Ermordung in Belgrad ein wohl verdientes Ende.

Die Sanktionen gegen Jugoslawien ließen die Geschäfte der Kriminellen blühen; Embargobbruch und Schmuggel wurden zu immer wichtigeren Ressourcenquellen der Staaten selbst, an deren Erschließung Polizei, Zoll und Verwaltung direkt beteiligt sind. Im Schutz seiner Gegnerschaft zu Milosevic wurde Montenegros Präsident (seit kurzem wieder Regierungschef) Milo Djukanovic zum wichtigsten Partner internationaler Zigaretten-schmuggel-Kartelle. Mappes-Niediek legt sich nicht fest, wie weit die Verstrickung Zoran Djindjics, vor dessen Ermordung das Buch fertig gestellt wurde, mit der Unterwelt ging; die nach seinem Tode veröffentlichten Fakten zeigen, dass er sich beim Sturz Milosevics mit Teilen der staatlich besoldeten Killer ("Legija") eingelassen hatte, die ihm jetzt die Rechnung präsentierten. Bulgarien zeigt, dass kriminelle Strukturen sich bei der Wahl zwischen marktwirtschaftlich orientierten Exkommunisten wie dem früheren Ministerpräsidenten Andrej Lukanov und Verfechtern eines starken staatswirtschaftlichen Sektors wie dem – persönlich integren – sozialistischen Ministerpräsidenten Zan Videnov (1995-97) für letzteres entscheiden: Lukanov wurde 1996 ermordet, Videnovs Regierung endete im Desaster; seine Partei hat sich von der vernichtenden Niederlage 1997 noch nicht erholt.

Albanische Schmuggler haben eine historische Transitroute durch den Balkan reaktiviert und übernommen, wobei mit Veliki Trnovac ein Umschlagplatz in Südserbien/Ostkosovo bedeutend wurde, während in Albanien die Kleinstadt Shijak zwischen Durrës und Tirana dank Drogengeldern zu boomen begann. Anders als in Restjugoslawien ist der Schmuggel hier nicht verstaatlicht. Allerdings erfreuen sich organisierte Kriminelle der wechselseitigen Unterstützung durch die Politik, zu Berishas Zeiten (dessen Geheimdienst-Chef Bashkim Gazidede der doorkeeper für Islamisten war) ebenso wie unter Nano, unter dem der Chef der Mafia-Sippe von Durrës dort der Einfachheit halber 1997 gleich örtlicher Polizeipräsident wurde. Der albanische Staat ist so schwach, seine Gesetze werden so wenig durchgesetzt, dass Kriminelle es gar nicht erst anstreben, in der Politik direkt Machtpositionen zu besetzen.

Die Bildung von Enklaven, die "Fürstentümer" lokaler politischer und krimineller Führer sind, hat seit dem Bosnienkrieg Tradition; Namen wie der Muslim Fikret Abdic oder der Chef der serbisch orientierten makedonischen Sozialisten Ljubisav Ivanov (Zingo) stehen dafür ebenso wie die Sippe der Haklaj in Tropoja, deren Chef PDSH-Abgeordneter ist, oder das südalbanische Dorf Lazarat.

Besonders schwer hat es die UNMIK, wenn es um öffentliche Ausschreibungen geht; bei Banklizenzen musste der Schweizer Bexhet Pacolli aussortiert werden, seinerzeit als Geldwäscher der Familie Jelzin bekannt. Nicht verhindern konnte sie die Kontrolle Hashim Thaçis über das extrem dichte kosovarische Tankstellennetz, das dem money laundering dient.

Mappes-Niediek geht natürlich auch auf die eskalierende Gewaltkriminalität von Tätern balkanischer Herkunft im Ausland ein. Hier schneiden die nach Familien organisierten, dabei international hervorragend vernetzten Albaner besonders unrühmlich ab: in Deutschland die zweitgrößte Tätergruppe nach den viel zahlreicheren Türken und europaweit im Drogenhandel auf dem Vormarsch. Am schlimmsten

sind die Berichte über den Frauenhandel: zahllose Mädchen werden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in ausländische Bordelle gelockt oder auf offener Straße entführt; Anzeigen der Angehörigen bei der Polizei enden ergebnislos oder mit der Ermordung der Anzeigenden. (Geringere Delikte werden ohnehin nicht angezeigt oder von Amts wegen verfolgt.) Auch dies ist ein Grund für den rapiden Verfall der Bildung: viele Eltern lassen ihre Töchter nicht mehr allein zur Schule gehen.

Mappes-Niediek begrüßt das schärfere Durchgreifen des seit 2002 amtierenden UNMIK-Chefs Michael Steiner auch gegen TMK-Kommandeure. Er kritisiert scharf die fehlgeleiteten Hilfsprogramme der internationalen Gemeinschaft, die z.B. einem kriminellen Polizeichef von Vlora ein intensives Coaching über Ermittlungsmethoden bei der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung zukommen ließen und die Makedonien wegen seines Einschreitens gegen den Frauenhandel lobt, obwohl aufgegriffene Prostituierte dort in Bordellen landen, die der Polizei gehören. Gerade in Kosovo sei ein direktes polizeiliches Eingreifen am leichtesten; Albanien und Bosnien als "Semi-Protectorate" müsse sich den Geldgebern in diesem Bereich beugen, und in den jugoslawischen Nachfolgestaaten sei Zuckerbrot und Peitsche angebracht. Die Europa-Orientierung des gesamten Südosteuropas sei dafür der Hebelpunkt und gleichzeitig der Ansatz, die kleinen Nationalstaaten an gemeinsamen Interessen zu bündeln.

Das Problem ist, dass die meisten Balkanstaaten keine EU-Beitrittsperspektive in absehbarer Zeit haben; der Autor warnt davor, sie wie die Türkei zu frustrieren, wo der Sieg der Islamisten die Antwort auf das Scheitern der Beitrittsbemühungen gewesen sei. Deswegen plädiert er für Zwischenschritte mit der Einbindung des Balkans in einen "Europäischen Wirtschafts- und Rechtsraum" mit europäischen Zentralbehörden mit Durchgriffsmöglichkeiten "gegen einen korrupten Minister vom Balkan ebenso wie gegen einen mafiösen Premier in Rom".

Norbert Mappes-Niediek hat ein mutiges Buch vorgelegt; er hat in

einem Bereich recherchiert und dabei Namen und Zusammenhänge genannt, die an solcher Publicity nicht interessiert sind. Er scheut sich aber auch nicht vor unbequemen Brüchen mit einer Form der political correctness, die jeden kritischen Blick in die inneren Verhältnisse anderer Länder als unzulässige Einmischung, Kolonialismus oder Imperialismus geißelt. Es ist absehbar, dass die meisten Medien auf dem Balkan, gerade im albanischen Raum, dieses Buch als Sensationsmake abtun werden. Hoffentlich aber gibt es eine Öffentlichkeit, die begreift, dass Anklagen gegen Verbrecher und korrupte Politiker im Interesse der Balkanvölker selbst liegt. Seine wichtigste Botschaft ist: "Opfer und Täter finden sich in jeder Nation"; der Weg ins Verbrechen ist umso kürzer, je größer die Armut ist.

Michael Schmidt-Neke

Albanien im Groschenroman: Percy Stuart "Im Lande der Skipetaren"



Karl May hat das Albanien-Bild in Deutschland bis heute maßgeblich geprägt, obwohl das Land und seine Bewohner eine eher marginale Rolle in seinem Gesamtwerk einnehmen (Michael Schmidt-Neke: Von Arnauten und Skipetaren, in: Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft 1994, S. 247-284). Sein ab 1880 als Fortsetzungsroman in der Wochen-

zeitschrift "Deutscher Hausschatz" erschienener Orientroman "Giölgeda padishanün" (türk. "Im Schatten des Sultans") schloss 1888 mit den "Durch das Land der Skipetaren" überschriebenen Schlussfolgen des Orientzyklus; Fehsenfeld übernahm diesen Titel für den fünften Band der Buchausgabe (Heiner Plaul: Illustrierte Karl-May-Bibliographie. München u.a. 1989, S. 122). Er ist bis heute Namen gebend geblieben und hat die Eigenbezeichnung der Albaner (shqiptar) ins Deutsche zwar nicht eingeführt, aber popularisiert.

Weit anspruchlosere Autoren als May haben immer wieder das Bild eines wilden und für Ausländer höchst gefährlichen Landes gezeichnet, dessen innere Verhältnisse im krassen Widerspruch zur vermeintlichen europäischen Zivilisation und Kultur stehen. Die Balkankriege und der aus ihnen resultierende I. Weltkrieg ließen auch den Buchmarkt für Balkanliteratur in allen ihren Sektoren explodieren.

"Percy Stuart" ist als Titelheld einer ZDF-Vorabendserie populär geworden, die zwischen 1969 und 1972 in insgesamt 52 Folgen ausgestrahlt wurde. Ein amerikanischer Millionenerbe will gemäß dem letzten Wunsch seines verstorbenen Vaters Mitglied des exklusivsten Londoner Herrenclubs, des satzungsmäßig nur 13 Mitglieder umfassenden Club of Gentlemen, werden. Dazu muss er unter Aufsicht des Syndikus dieses Clubs 13 Aufgaben erfüllen, die ihm die Mitglieder reihum stellen. Er bleibt jeweils an der 13. Aufgabe ohne eigenes Versäumnis hängen, so dass er seine Herkulesarbeiten insgesamt viermal durchlaufen muss, bis es ihm gelingt, seinen Hauptgegner im Club als Verbrecher zu entlarven und dessen frei werdenden Platz einzunehmen. Zwar kann in 25 Minuten kaum Spannung aufgebaut werden, doch bediente die sehr populäre Serie den Publikumsgeschmack offenbar aufs Beste.

Vergessen ist, dass der Drehbuchautor Karl-Heinz Zeitler auf eine Groschenheft-Reihe des Dresdener Mignon-Verlags zurückgegriffen hatte, von der zwischen (spätestens) 1914 und (frühestens) 1927 wenigstens 518 Einzelhefte mit 24-32 Sei-

ten grundsätzlich wöchentlich erschienen (Papierknappheit während und nach dem Krieg haben den Rhythmus vermutlich länger werden lassen). 1914 betrug der Preis in Deutschland 10 Pfennig, in Österreich-Ungarn 15 Heller.

Bereits 1917 schrieb kein Geringerer als Fritz Lang auf der Grundlage dieser Romane für den Stummfilm-Regisseur Joe May das Drehbuch zu dem Film "Die Hochzeit im Exzentrik-Club" (Heinz Galle: Populäre Lesestoffe. Groschenhefte, Dime Novels und Penny Dreadfuls aus den Jahren 1850 bis 1950. Katalog zur Ausstellung von Heinz J. Galle. Köln 2002, S. 62).

Anders als in der Fernsehbearbeitung ist Stuart kein Amerikaner, sondern ein britischer Lord. Der Club, dem er unbedingt beitreten will, heißt Excentric-Club – ein in Wortwahl wie Schreibung (engl. eccentric) eindeutig deutsche Idee – und hat nicht 13, sondern volle 197 Mitglieder, womit für die Reihe eine langfristige Leserbindung vorbereitet wurde.

Die Reihe ist kein durchgehender Lieferungsroman in Fortsetzungen, wie es die bei Münchmeyer erschienenen Erzählungen waren, mit denen Karl May sich wirtschaftlich etablierte, die ihm aber in seinen letzten Lebensjahren wie ein Mühlstein am Halse hängen sollten ("Waldröschen", "Der Weg zum Glück" u.a.). "Percy Stuart" steht in der Tradition der ab 1860 in den USA entstandenen "Dime Novels" (Groschenromane) (Galle, S. 50); von der Rahmenhandlung der Bewerbung um die Clubmitgliedschaft abgesehen, ist jedes Heft einer Aufgabe gewidmet und in der Handlung abgeschlossen, worauf auf der Titelseite ausdrücklich verwiesen wird.

Wie im Genre üblich, wird der Name des Autors bzw. der Autoren erst gar nicht, später als meist amerikanisches Pseudonym angegeben (Tom Carpenter, Joston Jarbey, Martin Winfried). Als redaktionell Verantwortlicher wird ein K. Lembke genannt.

Die 1914 erschienene Nr. 37 zeigt auf dem Titel den Serienkopf "Lord Percy vom Excentric Club, der Held und kühne Abenteurer in 197 geheimnisvollen Aufgaben" über ei-

ner Darstellung verschiedener Landschaften und Verkehrsmittel und einem Porträt des Helden, darunter den Nummerntitel "Im Lande der Skipetaren" und eine Szene, in der an einer Klippe über einem Fluss ein messerschwingender Mann in nordalbanischer Tracht auf dem sich wehrenden Stuart kniet; die Bildunterschrift lautet "Percy Stuarts Leben zählte nach Sekunden".

Die Handlung:

Percy Stuart erhält die Aufgabe, "in albanischer Tracht vier Wochen in der Felsengegend von Koritza zu verweilen" und sich in dieser Zeit Achim Doda Bey zu nennen. Er reist mit dem Zug bis Monastir. In fließendem Albanisch engagiert er den einäugigen Riesen "Kalum, den Adlerjäger" als Führer und Diener, den er während der Reise vor dem Ertrinken rettet. Bereits auf dem Ritt nach Korça werden die beiden von drei Albanern überfallen, die Kalum erledigt. Auch nachdem Stuart und Kalum das von London aus vorbestellte Haus bezogen haben, reißt sich Anschlag an Anschlag; Bomben explodieren, Stuart findet eine Giftschlange im Bett, das Wasser wird vergiftet. Kalum findet heraus, dass die angesehene Sippe der Belutschi hinter den Attentaten steht.

Schließlich wird Stuart von mehreren Bewaffneten verschleppt, um ihn der Blutrache zuzuführen. Im Berghof der Belutschi beschuldigt ihn das Familienoberhaupt, seinen Freund Kara Belutschi ermordet zu haben, weil er in dessen Frau Mirza verliebt sei. Die junge Witwe soll ihn erstechen dürfen. Stuarts Beteuerungen, er sei nicht Achim Doda Bey und kenne die Sippe Belutschi nicht, findet erst dann Glauben, als weitere Sippenmitglieder den tatsächlichen Achim Doda Bey herein bringen. Mirza gesteht, ihn zum Mord an ihrem Mann angestiftet zu haben, und begeht Selbstmord. Die Belutschi bitten Stuart um Verzeihung und betrachten Achim Doda nunmehr als gedungenen Mörder; sie hängen ihn auf, doch durchschießt Kalum, der gerade die Spur seines Herren gefunden hat, den Strick. Die Blutrache gilt als erledigt, obwohl die Hinrichtung gescheitert ist. Stuart genießt die Gastfreundschaft Achim Dodas, in dessen

Dienst Kalum tritt. Die Aufgabe ist erfüllt, die nächste wartet.

Wie bei schlecht komponierten Groschenromanen üblich, wimmelt es schon in der Handlung von Unlogik und Unplausibilitäten, z.B.:

- Wieso kann Percy Stuart Albanisch, noch dazu so gut, dass er fast Opfer seiner eigenen Tarnung wird, ist aber offenkundig mit dem Land völlig unvertraut?

- Wieso kann jemand in einem Londoner Club wissen, dass ein bestimmter albanischer Grundbesitzer in Blutrache steht und dass er (an sich schon wenig glaubwürdig) Stuart zum Verwechseln ähnlich sieht? (Stuart scheint überhaupt leicht zu verwechseln sein; die Nr. 35 der Hefreihe trug den Titel "Lord Percys Doppelgänger".)

- Wie kann ein einäugiger Mann einen schnellen Präzisionsschuss auf einen Strick abgeben, der sich heftig bewegt?

Natürlich sind die auf Albanien bezogenen sachlichen Fehler unübersehbar:

- Der Name Doda deutet auf einen Mirditen, der als Katholik nicht den Bej-Titel führen würde; Achim ist ohnehin kein albanischer Name. Auch der Sippename "Belutschi" erinnert eher an die pakistanisch-afghanisch-iranische Grenzregion Belutschistan als an die Sippe Belushi, der die albanisch-stämmigen Schauspieler James und John Belushi entstammen. Auch ist Mirza kein Frauenname, sondern ein persischer Fürstentitel, der allenfalls als Männernamen verwendet werden kann.

- Korça (das von Kalum als bulgarisch-griechisch dominierte Stadt beschrieben wird) liegt weitab vom Geltungsbereich des Gewohnheitsrechts; die Titellustration zeigt eindeutig einen Malësoren, einen Albaner aus dem nordalbanisch-kosovarischen Gebirge.

- Die Blutrache kann nicht von einer Frau ausgeübt werden, sofern das Mordopfer noch männliche Verwandte hat.

- Sie wird auch nicht durch das Abschlagen eines wehrlosen Gefangenen vollzogen, ebenfalls nicht durch Giftanschläge.

- Sie ist nicht zu verwechseln mit der Hinrichtung eines an der Gemeinschaft Schuldigen durch den

Stamm und wird auch nicht durch Erhängen vollzogen; auch die Vorstellung, eine misslungene Hinrichtung ziehe die Freilassung des Verurteilten nach sich, findet keine Begründung im Kanun, dem Gewohnheitsrecht.

Die Frage stellt sich, inwieweit der anonyme Autor von dem zwei Jahre zuvor verstorbenen May beeinflusst ist. Dafür spricht:

- Der Titel variiert Mays Buchtitel und spekuliert damit auf bessere Umsatzchancen.

- Der Vorname des ermordeten Belutschis, Kara, greift sowohl Mays orientalisches Ich Kara Ben Nemsis als auch den Namen des als "Schutz" bekannten albanischen Bandenchefs Kara Nirwan auf.

- Auch das Eintauchen Stuarts in das fremde Land, dessen Sprache und Kleidung er annimmt, die Gefangennahme, die Rettung und der Friedensschluss mit den bisherigen Feinden, besonders dem Stammespatrarchen, entspricht Mays Erzähltopik, findet sich aber in der Abenteuerliteratur oft.

Hingegen nicht mit Mays Wertvorstellungen zu vereinbaren ist, dass Achim Doda, der objektiv der Mörder seines Freundes aus niedrigem Motiv ist, fast ungeschoren davon kommt, während die Witwe des Ermordeten allein für ihr Verbrechen büßt, und dass Stuart sogar Freundschaft mit dem Mörder schließt und es sich in dessen Gastfreundschaft gut gehen lässt.

Percy Stuart hat (zumindest in dieser Episode) nichts von der übermenschlichen Souveränität des Ich-Erzählers bei May; er wird mehrmals von seinem Diener gerettet und verdankt seine Rettung aus der höchsten Gefahr nur einem äußeren Umstand, nicht eigener Initiative.

Das Heftchen ist ein Kuriosum, das einerseits die gnadenlose Ausplünderung von Karl-May-Motiven schon durch seine Zeitgenossen, andererseits die Präsenz des Themas Albanien in der deutschen Öffentlichkeit von 1914 belegt – dem Jahr, in dem das kurze und ruhmlose Intermezzo von Albanien deutschem Fürsten Wilhelm, Prinz zu Wied, mit dem Beginn des I. Weltkriegs endete.

Michael Schmidt-Neke

(Fortsetzung von S. 29)

Am 5. April wurden in Lezha die Brüder Zef und Dedë Përgjini von Polizeibeamten festgenommen und misshandelt, wobei sie sich Verletzungen zuzogen. Trotzdem verweigerte man ihnen etwa drei Wochen lang den Zugang zu einem Arzt. Die Anweisung der Staatsanwaltschaft, Dedë Përgjini von einem Rechtsmediziner untersuchen zu lassen, soll ignoriert worden sein. Der algerische Ombudsmann gelangte nach einer Untersuchung des Vorfalles zu dem Schluss, dass beide Männer sowie ein weiterer ihrer Brüder namens Gjakë misshandelt worden waren und sich die Polizeibehörden noch anderweitiger Gesetzesverstöße schuldig gemacht hatten. Er empfahl, Strafverfahren gegen sechs Polizeibeamte und einen Mitarbeiter der örtlichen Staatsanwaltschaft einzuleiten.

Am 6. Februar nahmen Polizisten in Ferras den 22-jährigen Ilir Hajrullai ohne Haftbefehl fest. Sie setzten ihn weder über etwaige gegen ihn anhängige Anklagen in Kenntnis noch teilten sie ihm oder seiner Familie mit, wohin sie ihn bringen würden. Berichten zufolge erfuhr Ilir Hajrullai erst am 7. Februar, dass er wegen »Zusammenarbeit mit einer terroristischen Organisation« unter Anklage stand. Einige Tage später ordnete ein Gericht Untersuchungshaft gegen ihn an. Der 22-Jährige durfte nach vorliegenden Meldungen seinen Anwalt nicht frei wählen, sondern es wurde ihm ein vom Gericht bestellter Anwalt zugewiesen, der den Fall nicht kannte und offensichtlich die Inhaftierung seines Mandanten nicht anfocht. Nachdem die Festnahme von Ilir Hajrullai in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, kam er Ende April ohne Anklageerhebung wieder frei. Die Behörden hatten ihn allem Anschein nach verdächtigt, Kontakt zum Netzwerk al-Qaida zu unterhalten. Ilir Hajrullai hatte an einer islamischen Hochschule in Kuwait studiert, wo seine Schwester mit einem Kuwaiter verheiratet ist. Die beiden Geschwister waren bereits zuvor drei Wochen lang in Gewahrsam gehalten und über den kuwaitischen Ehemann verhört worden.

Haftbedingungen

In den Strafvollzugseinrichtungen herrschten oftmals harte Haftbedin-

gungen, die in einigen Fällen aufgrund der Überbelegung der Zellen und der unzureichenden sanitären Ausstattung grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkamen. Im Februar drohten Berichten zufolge 16 Insassen des Gefängnisses von Vaqarr mit einem Hungerstreik, um gegen den Mangel an Wasser in ihren Zellen zu protestieren. In dem fraglichen Monat saßen 204 Häftlinge in dem Gefängnis ein, das eigentlich nur für 130 Insassen ausgelegt war.

Die Haftbedingungen auf Polizeistationen wurden im Allgemeinen als noch schlechter als die in den Gefängnissen geschildert. Dort waren Minderjährige oftmals zusammen mit Erwachsenen untergebracht. Im Mai protestierten zehn verurteilte Strafgefangene mit einem Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen auf der Polizeistation von Rrëshen im Bezirk Mirdita. Die albanische Menschenrechtsgruppe Albanian Human Rights Group, eine vor Ort aktive Nichtregierungsorganisation, berichtete, dass auf der Wache 32 Gefangene in sechs Zellen eingesperrt waren, von denen jede nur für zwei, höchstens drei Häftlinge vorgesehen war. Anfang Oktober saßen in der Polizeistation von Vloa mehr als 100 Gefangene ein, obwohl die dortigen Zellen für die Unterbringung von lediglich 40 bis 50 Insassen geeignet waren. Die Häftlinge hatten weder Betten noch Matratzen. In den kaum beleuchteten oder belüfteten Zellen gab es kein fließendes Wasser. Zudem waren die Abflüsse verstopft. An die Insassen, darunter sechs verurteilte Strafgefangene, wurden weder Bücher oder Schreibutensilien ausgegeben noch durften sie Radio hören oder fernsehen. Ihre einzige zulässige Freizeitbeschäftigung war das Rauchen von Zigaretten.

Handel mit Frauen und Kindern

Die Behörden ergriffen Maßnahmen zur Unterbindung des Handels mit Frauen und Mädchen zwecks sexueller Ausbeutung und des Handels mit Kindern, die von kriminellen Banden zum Betteln gezwungen wurden. Die für solche Verbrechen Verantwortlichen wurden jedoch nur selten strafrechtlich belangt.

Bundestagspräsident Thierse für Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen zu Albanien

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat sich für eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Albanien auf der Ebene der Parlamentarier ausgesprochen. Er war in diesem Ziel einig mit dem Parlamentspräsidenten der Republik Albanien, Servet Pellumbi, mit dem er am Donnerstagnachmittag im Reichstagsgebäude zusammengetroffen ist. Albanien sei daran interessiert, Erfahrungen aus der Bundesrepublik kennen zu lernen, meinte der Gast aus Albanien, wobei er insbesondere das Interesse Albaniens unterstrich, die deutsche Wirtschaft zu mehr Engagement in seiner Heimat zu gewinnen. Servet Pellumbi wurde von einer mehrköpfigen Parlamentariergruppe aus Albanien begleitet. Er nimmt an der 8. Internationalen Begegnung in Spandau teil, die unter dem Motto „Verantwortung vor Gott und den Menschen - Unser Ansatz für globale Gerechtigkeit“ bis zum 7. Juni mehrere hundert Teilnehmer aus der ganzen Welt zusammenführt.

(Aus einer Presseerklärung vom 5.6.2003)

Albanische Praktikantin im Berliner Büro und im Wahlkreisbüro von Olav Gutting, MdB



Clodiana Kanani aus Albanien heisst die neue Mitarbeiterin im Büro des CDU-MdB Olav Gutting, welche im Rahmen eines Austausch-Programms des Deutschen Bundestages mit ost-

und südosteuropäischen Ländern einen Blick hinter die Kulissen der „grossen Politik“ werfen kann. Nahezu 10 Jahre bietet der Deutsche Bundestag nun dieses Programm 'Internationale Parlamentspraktika' an, welches Jahr für Jahr grosse Resonanz findet. Das Praktikum dauert 5 Monate und ermöglicht den Teilnehmern einen Überblick über das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland wie auch die praktische Mitarbeit in den Büros der Abgeordneten.

Zulassungsvoraussetzungen sind dabei u.a. ein erfolgreicher Universitätsabschluss, sehr gute deutsche Sprachkenntnisse, eine angestrebte berufliche Tätigkeit im Staatsdienst oder im öffentlichen Leben des Heimatlandes. Außerdem dürfen die BewerberInnen zum Zeitpunkt des Programmbeginns das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Das Stipendium beträgt 511 € bei freier Unterkunft in einem Studentenheim sowie Erstattung verschiedener Versicherungs-, Verwaltungsgebühren und Sozialbeiträge. An- und Abreise nach/von Berlin werden ebenfalls erstattet.

Die Auswahl der TeilnehmerInnen erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Eine erste Auswahl trifft das albanische Parlament in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Bundesrepublik in Tirana, die verbleibenden KandidatInnen werden zu einem persönlichen Auswahlgespräch mit einer deutschen Kommission eingeladen. Der nächste Termin hierfür wird im Herbst diesen Jahres stattfinden.

Bearbeitungszentren für Asylbewerber (aus England) bald in Albanien?

In Großbritannien versucht die Labour-Regierung von Premierminister Tony Blair versucht mit allen Mitteln, die Zahl der AsylbewerberInnen zu senken. Blair sprach sogar davon, die Zahl der Asylanträge bis September 2003 zu halbieren. 2002 wurde mit 110.700 Asylanträgen in Großbritannien ein neuer Höchststand verzeichnet. Ungefähr die Hälfte der Anträge wurde bewilligt.

Anfang März 2003 sorgte ein Bericht der Londoner Zeitung „Sunday Te-

legraph“ für großen Wirbel, der verkündete, AsylbewerberInnen sollten außerhalb des Landes in Lagern untergebracht, und ihre Anträge sollten dort bearbeitet werden. Konkret war in dem Bericht davon die Rede, dass Asylsuchende nach Albanien ausgeflogen und in Lagern untergebracht werden sollen.

„Wir wollen Asylwerber davon abhalten, nach Großbritannien zu kommen, und würden gerne ein Bearbeitungszentrum (für die Asylanträge) in Albanien einrichten, um das zu erreichen“, zitierte die Zeitung einen Regierungsvertreter.

Weitere Zentren sind auch in Kroatien geplant. Diese Länder, so die Überlegung, würden sich über Devisen und Finanzhilfen freuen, Großbritannien seinerseits würde doppelt profitieren: Der Abschreckungseffekt wäre - so die Überlegung - ungleich größer, zugleich würden viel geringere Kosten anfallen.

Von Regierungsseite werden Pläne, AsylwerberInnen in „sichere Häfen“ zu deportieren, bestätigt. Es sei jedoch noch keine Entscheidung gefallen. Dementiert wurde jedoch, dass alle AsylwerberInnen in albanische Camps verschickt werden sollen.

London plant in der Sache offenbar auch einen Vorstoß auf EU-Ebene. Die Tory-Opposition stellt sich nicht gegen die Pläne der Regierung, sondern hat eigene, ähnlich drastische Pläne vorgelegt, da die Umfragen zufolge die Asylfrage zu einem beherrschenden Thema bei den nächsten Wahlen werden könnte.

Der albanische Außenminister Ilir Meta hat auf den britischen Vorschlag mit folgender Stellungnahme reagiert: „In diesen Augenblicken studieren wir diesen Vorschlag. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Probleme der illegalen Emigration nicht allein mit restriktiven Maßnahmen gelöst werden können, unabhängig von den großen Anstrengungen, die wir in dieser Richtung unternommen haben, und von dem in den letzten Jahren erzielten Fortschritt. Die effektivste und langfristige Art und Weise ist das Engagement der EU, die Entwicklung in unseren Ländern weiter zu unterstützen sowie deren Integration in die Europäische Gemeinschaft.“

(Quelle: orf.at, BBC)

Albanien? Wo genau liegt Albanien? Medizinstudenten aus Witten organisieren Unterricht in Albanien

Das kleine Land Albanien ist derzeit der ärmste und am wenigsten industrialisierte Staat Europas. Nach der Öffnung der Grenzen 1990 fliehen viele Menschen nach Italien oder Griechenland, der Staat verliert seine tüchtigsten Bürger. Das Land schwankt zwischen zwei Extremen: Fatalistisch-depressive Passivität auf der einen Seite und bis ins krankhafte gesteigerte Sucht nach Geld und Besitz auf der anderen Seite prägen das Bild dieses vierzig Jahre lang völlig isolierten Landes. Gleichzeitig wirkt die Zerschlagung Jugoslawiens in ethnische Gruppen auch in Albanien weiter. Beobachter halten das Land für einen neuen europäischen Krisenherd.

Grund genug für die 12 Wittener Medizinstudenten in der Gruppe „pro Albanien“ direkte Hilfe zu leisten. Die vergangenen Semesterferien haben sie teilweise in Tirana verbracht und mit den dortigen Medizinstudenten ärztliche Seminare aufgebaut. So wie in Witten an beispielhaften Krankengeschichten die Medizin erlernt wird (http://www.medicmed-uwh.de/showcase/html/main_rechts.html), konnten auch die albanischen Studenten diese Form des Studierens kennenlernen. Zum ersten Mal entwickelten sie die Unterlagen aus dem Bereich der internistischen Notfallmedizin. Hilfe zur Selbsthilfe also. In den Notfallseminaren wurden neben theoretischen Phasen vor allem das Erlernen von praktischen Fertigkeiten in den Vordergrund gestellt, da dieser Teil der Ausbildung in Albanien nicht vorgesehen ist. Außerdem vermittelte einer der Radiologischen Oberärzte, die an der Universität Witten/Herdecke unterrichten, Jürgen Plassmann, mit deutschen und albanischen Studenten gängige Krankheitsbilder der inneren Medizin und der Unfallchirurgie.

Die Studenten aus Witten wollen auch in Zukunft mit ihren albanischen Kommilitonen praxisorientierte Seminare organisieren: So werden für dieses Jahr noch weitere Seminare aus dem Bereich Notfallmedizin und Erste Hilfe stattfinden; außerdem sind Seminare zum Umgang mit Patienten sowie Wirtschaftswissenschaft in Planung.

Aus einer Pressemitteilung vom 26.06.2003

Weitere Infos: http://www.medicmed-uwh.de/showcase/html/main_rechts.html <http://www.proalbanien.de>

Diplomarbeit in Albanien

Im Rahmen der Forstlichen Nationalinventur in Albanien werden für mehrere Baumarten Volumenfunktionen erstellt. In Zusammenarbeit mit der Forstlichen Fakultät der Universität Tirana besteht die Möglichkeit, an der Abteilung für Forstliche Biometrie der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg eine Diplomarbeit oder Masterarbeit anzufertigen oder ein Praktikum zu absolvieren. Zeitraum der Geländeaufnahmen: Mitte August bis Mitte September 2003.

Interessenten setzen sich bitte persönlich mit der Abteilung in Verbindung.

Termine...Termine...Termine...Termine...

KUNST DER GEGENWART SAMMLUNG ESSL

BLUT &
HONIG –
ZUKUNFT IST
AM BALKAN

16.05. - 28.09.2003

Kurator: Harald Szeemann

Der Balkan beginnt in Klosterneuburg.

Vom 16.05. – 28.09.2003 zeigt die Sammlung Essl die Ausstellung BLUT & HONIG – ZUKUNFT IST AM BALKAN. Harald Szeemann, einer der bedeutendsten Ausstellungskuratoren unserer Zeit, hat diese spektakuläre Schau zusammengestellt, die erstmals in großer Breite zeitgenössische Kunst aus Ländern Südosteuropas zeigt. 73 Künstler aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Griechenland, Mazedonien, Moldawien, Rumänien, Slowenien, Tür-

kei und Serbien-Montenegro stellen ihre Arbeiten auf einer Fläche von 3.500 m² aus. Harald Szeemann hat im Laufe der letzten drei Jahre, zum Teil gemeinsam mit dem Sammler Karlheinz Essl, die Balkan-Staaten bereist und seine künstlerische Auswahl getroffen.

Ein historischer Auftakt zur Ausstellung ist der Leichenwagen der Habsburger, in dem Kronprinz Ferdinand, nach dem Anschlag in Sarajevo, zu Grabe getragen wurde

Sammlung Essl - Kunsthaus
An der Donau-Au 1
3400 Klosterneuburg / Wien
Österreich

Öffnungszeiten:

Di - So: 10.00 - 19.00 Mi: 10.00 - 21.00

Mo: geschlossen

Zu der Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog erschienen.

Albanientreff der Ortsgruppe Hamburg

12.09.2003, 19 Uhr

Hamburg-Haus Eimsbüttel, Doormannsweg 12

„Das geltende deutsche Ausländerrecht und seine Auswirkungen auf in Hamburg lebende Albaner.“
Mit Dietmar Kurzeja, Hamburg

Deutsch-Albanisches Forum in der
Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen
Dortmund - Steinstr. 48

1.11.2003 12.00 - 18.00 Uhr

2.11.2003 09.00 - 13.00 Uhr

Seminar zum Thema:

Die albanische Emigration

Programm kann ab ca. Ende August bei der Geschäftsstelle der DAFG angefordert werden.

Aus dem Jahresbericht 2003 von Amnesty International zu Albanien

Nach wie vor wurden Menschen, darunter auch Kinder, bei der Festnahme und in Polizeigewahrsam häufig misshandelt, manche sogar gefoltert. In den meisten Fällen sollten dadurch Geständnisse erpresst werden. Strafverfahren gegen der Misshandlung beschuldigte Polizeibeamte waren eher die Ausnahme. amnesty international erhielt von rechtswidrigen Inhaftierungen und von Vorfällen Kenntnis, bei denen festgenommenen Personen der Zugang zu ihren Familienangehörigen, einem Anwalt oder Arzt verweigert worden ist. In den Strafvollzugseinrichtungen herrschten oftmals harte Haftbedingungen, die infolge extremer Überbelegung der Zellen, unzureichender sanitärer Anlagen und mangelnder Luftzufuhr bisweilen grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkamen. Die Behörden ergriffen Maßnahmen zur Unterbindung des Handels mit Frauen und Mädchen zwecks sexueller Ausbeutung wie auch des Verkaufs von Kindern an kriminelle Banden. Die für solche Verbrechen Verantwortlichen wurden allerdings nur selten strafrechtlich belangt.

Folterungen und Misshandlungen

Nach wie vor waren Misshandlungen während der Festnahme und im Polizeigewahrsam weit verbreitet. In manchen Fällen kamen sie von der Schwere her Folterungen gleich. Berichten zufolge gab im März der Minister für öffentliche Ordnung bekannt, dass eine Sondereinsatzgruppe das Problem der »Polizeigewalt« gegenüber Häftlingen untersuchen werde, weitere Einzelheiten wurden indes nicht bekannt. Im Oktober und November des Berichtsjahres suchten Beobachter der albanischen Nichtregierungsorganisation Children's Human Rights Centre of Albania eine Reihe von Polizeistationen auf und stellten dort fest, dass die Polizei routinemäßig Kinder misshandelt und manchmal sogar foltert, um Geständnisse zu erpressen. Ende 2002 hatte die albanische Regierung dem UN-Ausschuss gegen Folter noch immer keine der bereits seit 1995 beziehungsweise 1999 fälligen Berichte vorgelegt.

Am 5. März kehrte Sabaudin Çela aus Vlorë in Südalbanien von der Arbeit zurück, als der Leiter der Kriminalpolizei der Polizeistation von Vlorë und zwei andere Männer ihn mit vorgehaltener Waffe zum Einsteigen in ein Auto zwangen. Er sagte später aus, dass man ihn zum Stadtrand gefahren und ihn dort bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen habe. Anscheinend hatten die Polizisten Sabaudin Çela im Verdacht, etwas über einen Mordfall zu wissen. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, nahmen sie ihn ins Verhör. Als er ihnen versicherte, keinerlei Kenntnis über den fraglichen Mord zu besitzen, sollen die Beamten ihn mit den Kolben ihrer Pistolen und mit Knüppeln geschlagen und ihm mit glimmenden Zigaretten Brandwunden zugefügt haben. Ein Vertreter von amnesty international besuchte Sabaudin Çela zwei Tage später im Krankenhaus und stellte an seinem Rücken, am Kopf und an den Beinen schwere Blutergüsse fest. Der Leiter der Kriminalpolizei wurde vom Dienst suspendiert und unter Hausarrest gestellt. Ende September erhoben die Behörden gegen ihn Anklage wegen Verstoßes gegen das Willkürverbot, zwei Zivilisten wurden in Abwesenheit der Körperverletzung an Sabaudin Çela angeklagt.

Am 20. Oktober wurde Ardian Muja unter dem Verdacht festgenommen, im Auto des Polizeichefs von Shkoder Sprengkörper deponiert zu haben. Zwei Tage später erstattete er Strafanzeige, in der er geltend machte, von Beamten der Polizeistation von Shkoder geschlagen und schwer verletzt worden zu sein, weil diese ein Geständnis erzwingen wollten. Obwohl ihn die Polizei zur Behandlung in ein Krankenhaus brachte, wurde Berichten zufolge seiner Bitte um Untersuchung durch einen Rechtsmediziner bis zum 28. Oktober nicht entsprochen.

Untersuchung von Vorwürfen über polizeiliche Misshandlungen

Nur selten fanden Gerichtsverfahren gegen Polizeibeamte statt, denen Misshandlungen angelastet wurden. Aus den begrenzt verfügbaren Infor-

mationen ging hervor, dass in den wenigen Fällen, in denen Beamte tätlicher Übergriffe schuldig gesprochen wurden, Gerichte fast durchgängig lediglich Geldstrafen oder zur Bewährung ausgesetzte Haftstrafen verhängt haben.

In Saranda musste sich ein Polizeibeamter vor Gericht verantworten, der einen 11-jährigen Jungen gefoltert haben soll, der im Juni 2000 fälschlicherweise des Diebstahls verdächtigt worden war. Der zuständige Staatsanwalt hatte zuvor das Verfahren eingestellt, doch waren auf wiederholte Intervention des Ombudsmanns hin die gerichtlichen Ermittlungen wieder aufgenommen worden. Im Juli des Berichtsjahres wurde der Polizist des »Amtsmissbrauchs« für schuldig befunden, weil er den Jungen länger als gesetzlich erlaubt festgehalten und ihn in Abwesenheit eines Anwalts oder Vormunds verhört hatte. Das Gericht befand, dass er den Jungen nicht misshandelt habe, und verhängte gegen ihn eine zur Bewährung ausgesetzte Gefängnisstrafe von 18 Monaten. Der Beamte hatte zwar nach Bekanntwerden des Vorfalls den Polizeidienst quittieren müssen, ihm wurde jedoch später die Position des Leiters der Kommunalpolizei in Saranda übertragen.

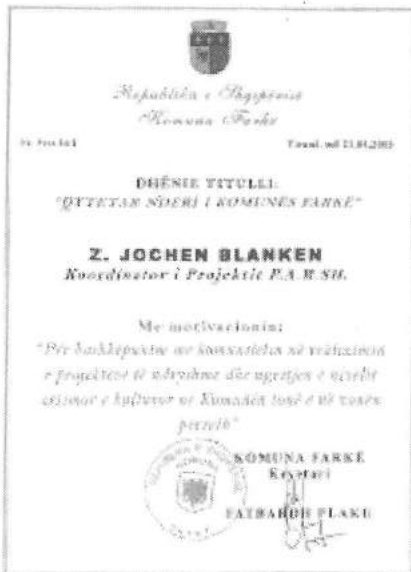
Rechtswidrige Inhaftierungen und andere Gesetzesverstöße

amnesty international erhielt von rechtswidrigen Inhaftierungen und von Vorfällen Kenntnis, bei denen festgenommenen Personen der Zugang zu ihren Familienangehörigen oder einem Arzt verweigert worden ist. Es schien bei der Polizei üblich zu sein, Häftlinge nicht über ihre Rechte aufzuklären.

Am 7. Januar soll die Polizei in Vlorë einen 21-jährigen, behinderten Mann namens Neritan Gjikondi festgenommen und misshandelt haben. Erst sieben Tage später wurde er einem Richter vorgeführt, der Untersuchungshaft gegen ihn anordnete. Nach albanischem Recht hätte er innerhalb von 48 Stunden nach seiner Festnahme einem Richter vorgeführt werden müssen. Berichten zufolge wurde dem Vater von Neritan Gjikondi der Zutritt zu seinem Sohn verweigert, als er diesen auf der Polizeistation von Vlorë besuchen wollte.

(Fortsetzung auf S. 24)

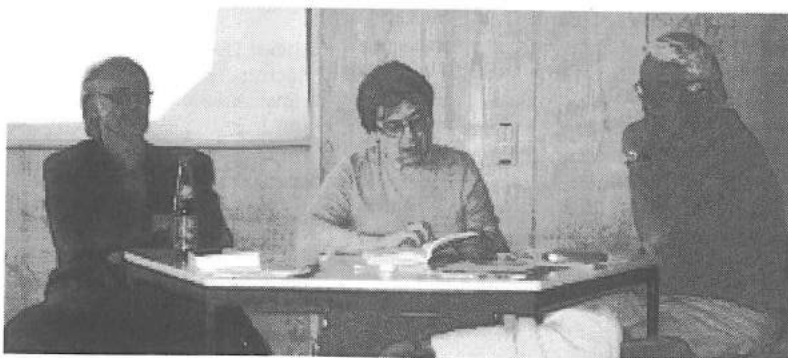
Jochen Blanken zum Ehrenbürger von Sauk ernannt



Am 13. Mai 2003 wurde Jochen Blanken, stellvertretender Vorsitzender der DAFG, in einer Feierstunde in der "Schule fürs Leben" in Sauk, einer Vorstadt von Tirana, zum Ehrenbürger der Gemeinde Farkë ernannt. Er erhielt diese Ehrung für seine Arbeit als Leiter des PARSH-Projekts (siehe AH 4/02). Der Bürgermeister, Fatbardh Plaku, hob in seiner Laudatio hervor, dass sich Jochen Blanken schon seit langem um die Unterstützung und Förderung der Gemeinde verdient gemacht habe, sei es durch Vermittlung anderer von Deutschland geförderter Projekte, sei es durch den erfolgreichen Aufbau einer "Schule fürs Leben", die dort jetzt seit genau einem Jahr tätig ist. Das alles sei der

Grund zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft. In seiner Danksagung betonte Jochen Blanken, dass er dies alles im Rahmen seiner Tätigkeit als Projektleiter des IIZ/DVV und mit Hilfe der Finanzmittel der Bundesrepublik Deutschland getan habe. Dennoch sei durch die langjährige enge Zusammenarbeit natürlich auch eine besondere Beziehung zu Farkë und seinen Bewohnern entstanden und so betrachte er diese Ehrung auch als ein Symbol, als Symbol der gegenseitigen Freundschaft und Unterstützung unserer beiden Völker, der Albaner und der Deutschen. Die Arbeit des IIZ/DVV-Projektleiters wurde auch von dem deutschen Botschafter, Helmuth Schröder, sowie den stellvertretenden Ministern für Arbeit und Erziehung, Sokol Avxhemi und Ahmet Ceni, gewürdigt. Die Veranstaltung endete mit einem gemeinsamen Festessen in der Gemeinde.

Lesung mit Waltraud Bejko in Dortmund



Lange hat es gedauert, bis das Buch von Waltraud Bejko 'Albanien - mein Leben' nun auch in deutscher Sprache vorliegt. Die DAFG hat es herausgebracht und mit einer Lesung der Autorin am 25.06.2003 in den Räumen der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen in Dortmund offiziell vorgestellt.

Nachdem Waltraud Bejko einige Kapitel aus ihrem Buch gelesen hatte, kam es noch zu einer angeregten Diskussion mit den Teilnehmern der Veranstaltung.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt. Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

- Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;
- Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;
- in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;
- Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;
- Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;
- die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;
- Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;
- Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;
- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Mitgliedschaft in der DAFG!

Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.

Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
 Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €)
 einen Förderbeitrag in Höhe von
 Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ja, ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
 Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
 Ich habe die Summe auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-206 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
 ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons,
 Friederikastr. 97
 44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
 Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
 Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
 Jochen Blanken, Tirana; Renate u. Wolfgang Pietrek, Dinslaken; Karikatur von Likë Rehova (aus „Klan“) und Jeton Mikullovcij-EMI (aus Koha Ditore)

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Skanderbeg GmbH,
 Bochum

Druck:

Grafische Betriebe Wattenscheid
 Bochum-Wattenscheid

Vertrieb:

Skanderbeg GmbH,
 Bochum

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
 Postfach 10 05 65
 44705 Bochum
 Friederikastr. 97
 44789 Bochum

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto
 - Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
 Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:

30.06..2003

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
 Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
 Tel.: 0234 / 32 50 609
 Fax: 0234 / 33 65 44
 e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
 Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
 Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
 Tel.: (0234) 30 86 86
 Fax: (0234) 30 85 05
 e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stell. Vorsitz.
 z.Z. Tirana
 e-mail: iizparsh@albaniaonline.net

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
 Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
 Tel.: (0432) 935 22
 e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Christine Dreschel
 Hollestr. 15 ▲ 22117 Hamburg
 Tel. + Fax: (040) 736 734 31
 e-mail: cdreschel@t-online.de

Stephan Lipsius
 Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
 Tel.: (0561) 31 24 17
 Fax: (0561) 31 24 16
 e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
 Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
 Tel.: (02064) 8 21 60
 Fax: (02064) 8 21 61
 e-mail: rewo@cityweb.de

Xhevat Ukshini
 Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
 e-mail: xhukshini@yahoo.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin

Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
 oder: c/o Günter Marx
 Krumme Str. 32
 10627 Berlin
 Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg

c/o Christine Dreschel
 Hollestr. 15
 22117 Hamburg
 Tel + Fax: (040) 736 734 31
 e-mail: cdreschel@t-online.de

Kush është? Ku është? Wer ist's? Wo ist's?

Nach längerer Unterbrechung wollen wir unser Rätsel wieder aufnehmen. In unregelmäßigen Abständen werden wir (ein bisschen verklausulierte) Einzelheiten aus dem Leben mehr oder minder bekannter Albaner oder Prominenter oder Details über Orte, Berge, Flüsse, Sehenswürdigkeiten u.a. darstellen.

Wir suchen eine Stadt, eine ziemlich große und ziemlich alte Stadt. Sie hat in der Geschichte Albanien immer eine sehr wichtige Rolle gespielt und tut das auch heute noch. Römer, Griechen, Germanen, Illyrer und Angehörige anderer Völker haben sie geprägt. Touristen besuchen gern antike Monumente, aber auch große religiöse Bauwerke prägen das Stadtbild. Albanologen forschen in Bibliotheken und Archiven; selbstverständlich wurden und werden hier albanische Bücher verlegt. Der jetzige Bürgermeister der Stadt wurde als Kandidat der Linken gewählt. Skanderbeg hat seine Spuren in der Stadt hinterlassen. Es gibt hier in der Nähe einer Pyramide auch ein Reiterstandbild des "Athleta Christi" – aber es steht nicht auf dem Skanderbeg-Platz.

Wer den Namen der Stadt kennt, schickt ihn bitte per Post oder e-mail (dafg@albanien-dafg.de) an die Redaktion der Albanischen Hefte.

Einsendeschluss ist der
31.08.2003



Unter den richtigen Einsendungen wird - unter Verzicht auf notarielle Aufsicht - die Anthologie albanischer Lyrik von Robert Elsie „Einem Adler gleich“ verlost.

Viel Spaß beim Raten
wünscht die Redaktion!

In Archiven gekramt...



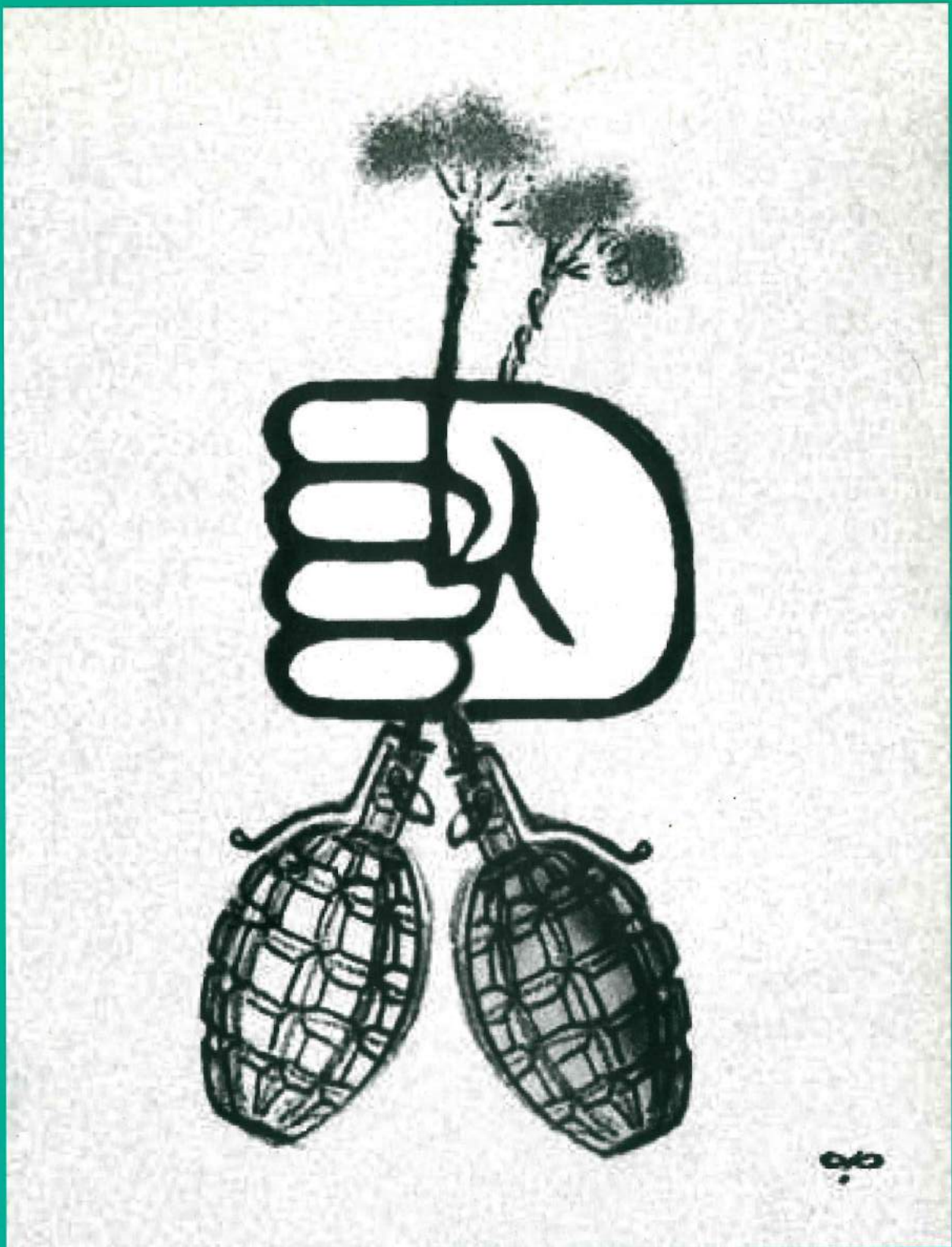
„Reisanbau in Albanien“ - Westermann Wandbilder
Geographische Typenlandschaften: Gruppe Osteuropa Nr. 14635
Foto: Dr. H. Kramarz, Druck: Georg Westermann, Braunschweig



Albanischer Basar - Römmler & Jonas G.m.b.H., Dresden-A.



Durrës - Purger & Co., München



Karikatur von Liké Rehova aus „Klan“ 310: Parlamentskommission